

Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.

8

Ist Religion
nicht doch mehr?

10

Staatlicher Preisdeckel –
ein Eingriff mit Risiken

20

Hochbegabte: zwischen
Ignoranz und Vergessen

AUF DEM WEG ZUM DIGITALEN BÜRGER

Was uns der Breitbandausbau bringt



Ein Jahr ACADEMIA um 15 Euro
 Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 15 Euro und kann per E-Mail an academia@oecv.at oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (Academia) unter Angabe der Zustelladresse.

4
DAS ZIEL SIND 100 PROZENT
 Wolfram Kreipl

8
NUR EIN GRUNDBEDÜRFNIS ODER DOCH MEHR?
 Matthias Tschirf

10
HAT VATER STAAT DIE BESTPREISGARANTIE?
 Guido Pöllmann

13
ÖSTERREICH UND DAS PRINZIP WETTBEWERB
 Natalie Harsdorf-Borsch und Lukas Cavada

16
BETRETENES SCHWEIGEN
 Paul Hefelle

17
DURCHAUS BEFÄHIGT UND ENORM GEPRÄGT
 Philipp Jauernik

20
DIE ANDEREN ZWEI PROZENT
 Wolfram Kreipl

23
ES FUNKTIONIERT, WENN VIELE MITMACHEN
 Wilhelm Ortmayr

26
PANEUROPA EIN VORSCHLAG
 Rainhard Klouček

29
DER ROTE SELBSTBEDIENUNGSLADEN
 Herbert Kaspar

30
LESERBRIEFE

28, 31
REZENSIONEN

LIEBE LESER!

Wir brauchen es, dringender als je zuvor: Breitband-Internet per Kabel, überall in Österreich. Das hat die Pandemie verdeutlicht, das wird angesichts der Energieknappheit immer drängen. Staatssekretär Florian Tursky (AIn et al.) hat nicht nur die Aufgabe, den flächendeckenden Ausbau voranzutreiben, sondern den Bürgern damit auch neue Möglichkeiten zu eröffnen. Darüber spricht er im Interview, das diese ACADEMIA-Ausgabe eröffnet. Etwas später analysiert Philipp Jauernik (FIP), wie sehr die Digitalisierung das aktive und passive Medienverhalten, aber auch die politische Partizipation der 14- bis 29-Jährigen beeinflusst.

Die Energiekrise wirft ihre Schatten auch in dieses Heft. Nationalökonom Guido Pöllmann (Rad) widmet sich aus aktuellem Anlass dem Für

und Wider staatlicher Preisregulierungen. Dazu passt gut die Frage, warum wir Österreicher uns mit dem Thema „Transparenter Wettbewerb“ etwas schwerer tun als andere Nationen. Natalie Harsdorf-Borsch, derzeit Leiterin der Bundeswettbewerbsbehörde, und Lukas Cavada (Pan) haben Antworten dazu gefunden.

Einigermaßen verstört hat viele das Erkenntnis des Höchstgerichtes, wonach es nicht rechtens war, dass die Kirchen während des letzten Lockdowns grundsätzlich geöffnet und gleichzeitig die Kulturstätten grundsätzlich geschlossen waren. Befürworten wir, dass ein Kabarettbesuch oder ein Hansi-Hinterseer-Konzert mit Religionsausübung gleichzustellen sind? Matthias Tschirf (Merc et al.) argumentiert das Thema nicht juristisch, sondern aus politischer Sicht.

Minderheiten – und seien sie noch so klein – sind derzeit omnipräsent, falls sie sich laut genug bemerkbar machen. Schweigend im Stich gelassen wird hingegen eine besonders wertvolle Minderheit, nämlich jene der Hochbegabten, schildert Pädagoge Wolfram Kreipl (Vi), ehe wir einen Blick in die mobile Zukunft wagen: Autos, die weniger herumstehen – Menschen, die je nach Bedarf zwischen verschiedensten Mobilitätsanbietern wechseln. Ein Wiener Softwareanbieter glaubt an die Formel „weg vom Autobesitz, hin zum Teilen“, viele Investoren schließen sich an.

Zu guter Letzt richtet sich unser Blick auf Europa, genauer gesagt auf die Visionen Richard Coudenhove-Kalergis. Viele haben sich bewahrt oder erfüllt, einige warten noch darauf, Realität zu werden – für ein besseres Europa,



wie Rainhard Klouček (Lp), der Generalsekretär der Pan-europabewegung, meint.

Eine interessante Lektüre wünscht

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)
Chefredakteur

Academia Ausgabe 5/2022 (September).

Medieninhaber: Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV). **Mit der Herausgabe beauftragt:** Gerhard Jandl.

Chefredakteur: Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Florian Kamleitner, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann, Wolfram Kreipl, Josef Schuster. **Layout:** Stephanie Pirker-Seiler. **Verlagsleitung:** Gerhard Jandl. **Redaktionsmanagement:** Clemens Mayer.

Adresse (alle): Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22–31; academia@oecv.at; www.academia.or.at.

Reproduktion/Druck: Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben): ACADEMIA-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock, Pixabay.

Cover: Adobe Stock. **Verkaufspreis:** EUR 3,00. **Abo:** EUR 10,00/Jahr (Studenten), EUR 15,00/Jahr (Normalpreis). **Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lippa, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23. Hartberg: Trafik Denkmeyr, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

Hinweise: Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen. Redaktionell abgeschlossen am 06.09.2022.

DAS ZIEL SIND 100 PROZENT

Wolfram Kreipl (Vi) sprach mit Staatssekretär Florian Tursky, MSc, MBA (AIn et mult.) darüber, wie man die österreichische Verwaltung ins 21. Jahrhundert bringt, ob Internet ein Grundbedürfnis ist und warum alle Österreicher digitale Kompetenz brauchen.



BKA/Wenzel

Seit Mai dieses Jahres bist du Staatssekretär für Digitalisierung im Finanzministerium. Zuvor waren die Digitalisierungsangelegenheiten verteilt auf verschiedene Ministerien,

darunter Arbeits- und Klimaministerium. Wieso bist du jetzt genau im Finanzministerium gelandet?

Mit einer Gesetzesnovelle sind die Agenden der Digita-

lisierung aus dem alten Wirtschaftsministerium (BMDW) und der Breitbandausbau aus dem Agrarressort (BML) in das Finanzministerium gewandert. Im Zuge der Regierungsumbildung war es Bun-

deskanzler Nehammer (SOP) ein Anliegen, die gesamte Digitalisierungsmaterie zu bündeln und hierfür einen Staatssekretär zu installieren. Da es sich dabei um eine Querschnittsmaterie han-

delt, war das Finanzministerium eine sinnvolle Wahl. Mir sind also von Minister Magnus Brunner (AIn) die Agenden der Digitalisierung, des Breitbandausbaus und der Post und Telekommunikation übertragen worden, während Innovation weiterhin beim Koalitionspartner im Klimaschutzministerin (BMK) beheimatet ist. Zusätzlich koordiniere ich die Digitalisierungsagenden für alle Ministerien. Hier auch den Überblick zu haben und mit allen zu koordinieren, ist die große Herausforderung.

Eines deiner großen Projekte ist es, bis 2024 alle Karten aus der Geldbörse am Handy zu haben.

Zumindest alle, für die der Bund zuständig ist.

Bei mir wären das meine E-Card, mein Klimaticket und der Führerschein. Alleine da sind schon einmal drei Ministerien zuständig. Wie bekommst du alle diese Zuständigkeiten unter einen Hut? Bei meiner Metrokarte nehme ich dich jetzt mal aus der Pflicht.

(lacht) Danke. Genau das ist die große Herausforderung! Wir haben in Österreich eine sehr starke und gut gewachsene Struktur in den Ministerien. Bis Sebastian Kurz das 2017 vereinheitlicht hat, hatte jedes Ministerium sogar ein eigenes Logo. Ähnlich sieht es mit der IT aus und damit auch mit den Ausweisen und den vielen dahinterstehenden Regis-



„Es kann heutzutage nicht sein, dass beim Beantragen eines Passes ein Staatsbürgerschaftsnachweis und eine Geburtsurkunde physisch vorzubringen sind oder für die Studienbeihilfe der Erfolgsnachweis zum Finanzamt gebracht werden muss.“

tern. Von denen gibt es 60 bis 70, die alle auf verschiedene Ministerien verteilt sind und die entscheidende Herausforderung wird sein, hier Schnittstellen zu schaffen, damit es möglich wird, mit einer einzelnen App all diese Dokumente abzurufen und noch viel mehr.

Wie zum Beispiel?

Es kann heutzutage nicht sein, dass beim Beantragen eines Passes ein Staatsbürgerschaftsnachweis und eine Geburtsurkunde physisch

vorzubringen sind oder für die Studienbeihilfe der Erfolgsnachweis zum Finanzamt gebracht werden muss. Genau diese Wege von einem Amt zum nächsten müssen abgestellt werden – und das passiert durch Verschränkung aller dieser Register.

Auch die Bürger sollen leichter zu den Stellen kommen und ihre Amtswege digital erledigen können. Beim Finanzamt funktioniert das ja schon sehr gut – wie soll das bei den anderen Stellen aussehen?

Genau wie das Melderegister ist das Finanzamt ein gutes Beispiel für das mögliche Potential. Da haben wir bereits in den frühen 2000er-Jahren enorme Schritte in die richtige Richtung gemacht. Die Verwaltung der Melderegister liegt in Deutschland immer noch bei den einzelnen Gemeinden. Diese verschiedenen guten Lösungen, die wir schon haben, gehören jetzt verbunden. Melde ich mich arbeitslos oder gehe in Bildungskarenz, dann sollte ich dem AMS nicht alle Nachweise einzeln erbringen müssen, sondern dies sollte ich automatisch „once-only“ machen können. Das erleichtert nicht nur den Bürgern, sondern auch den Unternehmen die Arbeit enorm.

Arbeitslos melden muss man sich zum Glück ohnehin nicht wöchentlich.

Aber auch in alltäglichen Situationen, wie beispielsweise bei einer Bewerbung, sollte man einfach an die Unterlagen kommen, die der Staat von einem hat. Auch wenn ich mich Sonntag um 22 Uhr für eine Stelle bewerbe, weil die Frist um Mitternacht ausläuft, sollte ich mein Maturazeugnis – da sind wir gerade dabei – meinen Strafregisterauszug und alle Dokumente, die ich sonst noch brauche, einfach bekommen können. Natürlich kein gescanntes PDF des Originals, sondern eine automatisch generierte, digital signierte Kopie aus dem Register. Alles andere wäre keine echte Digitalisierung.

Viel Kommunikation bedeutet immer auch viele Schnittstellen und Schnittstellen bieten immer Angriffsfläche. In Deutschland wird im statistischen Durchschnitt jede Woche eine Gemeindeverwaltung durch einen Hackerangriff lahmgelegt. Wie schützen wir unsere immer vernetztere Infrastruktur vor externen Einflüssen?

Das ist ein absolut entscheidender Punkt. Es geht hier in erster Linie um Leserechtigungen, da Schreibberechtigungen ohnehin geschützt sind. Darum kümmert sich der Bund. Im BRZ (Anm. Bundesrechenzentrum) arbeiten 1400 Leute daran, dass unsere Daten sicher verwahrt und administriert werden. Klar ist, dass es hundertprozentige Sicherheit nie geben wird, immerhin wurde früher ja auch in Aktenschränke eingebrochen. Klar ist aber auch, dass es eine wichtige Aufgabe ist, solche Angriffe zu verhindern, was uns bis jetzt gelungen ist und auch weiter gelingen wird.

Wenn nun in Zukunft Amtswege vor allem digital vorgenommen werden sollen, wird es für die, die sie lieber „analog“ absolvieren, noch schwieriger werden als es ohnehin schon ist?

Wir verfolgen ganz sicher keine „Digital-Only“-Strategie. Anders als in Estland, das hier sehr radikal und schnell vorgegangen ist. Wir verfolgen die Strategie, alles auch weiter analog anzubieten. Für

jene, die das möchten – und so viele sind das nicht mehr, wir sind gerade in den älteren Generationen immer wieder überrascht, wie patent diese Leute digital unterwegs sind – wird es nicht schwieriger, sondern nur für alle anderen einfacher.

Damit diese Strukturen greifen, braucht es aber auch die entsprechende Infrastruktur, also Glasfaserausbau. Was ist hierfür die Timeline der Bundesregierung?

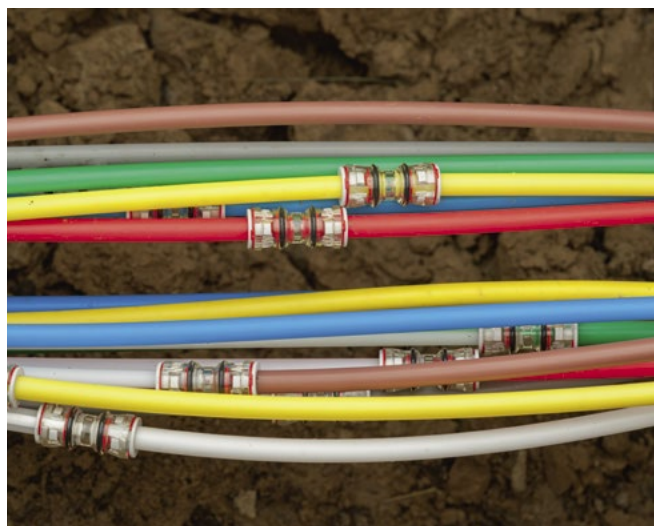
Das Ziel, das wir sicher erreichen werden, ist es, bis 2030

und 5G, auszustatten. Dafür nehmen wir jetzt gerade die zweite Breitbandmilliarde in der Höhe von 1,4 Mrd. Euro für ein Ausbauprogramm bis 2026 in die Hand. Danach wird der vermutlich schwerste und teuerste Teil des Ausbaus dran sein, das sind die letzten 10 bis 20 Prozent.

Fast zehn Jahre für dieses Projekt sind doch noch eine lange Zeit.

Die mobile Infrastruktur in Österreich ist jetzt ohnehin schon sehr stark ausgebaut – das merkt man, wenn

„Das Ziel, das wir sicher erreichen werden, ist es, bis 2030 ganz Österreich mobil und stationär mit gigabitfähigem Internet, also Glasfaser und 5G, auszustatten.“



ganz Österreich mobil und stationär mit gigabitfähigem Internet, also Glasfaser

man nur über das deutsche Eck oder nach Italien fährt. Da ist es schnell mit dem

Empfang vorbei. Deswegen war in den letzten Jahren die persönliche Notwendigkeit nach einem Glasfaseranschluss nicht so gegeben – man konnte ja auch einfach einen Cube aufstellen und hatte eine ausreichende Verbindung. Die Pandemie und auch die neuen Anforderungen an Streaming, Videotelefonie und ähnlichem machen den Druck auf Glasfaser größer und zu einem Anliegen der Bevölkerung. Früher war Glasfaser an vielen Orten nicht rentabel und man musste mehr fördern. Jetzt wird immer mehr privat ausgebaut und wir können uns mit den Förderungen auf die Orte konzentrieren, gerade im ruralen Bereich, wo es sich nicht lohnt, privat auszubauen.

Österreich war früher wegen seiner topographischen Vielfalt immer eine Testregion für den Mobilfunk, was sich oft in vergleichsweise niedrigen Preisen niedergeschlagen hat. Wie attraktiveren wir diese Sonderstellung weiter und nutzen den Vorteil?

Das Ziel muss sein, dass der 5G-Ausbau flächendeckend ist. Dabei achten wir bei der Frequenzvergabe darauf, nicht unbedingt das Maximum an Profit für den Staat herauszuholen, sondern koppeln klare Vorgaben für den Ausbau im ländlichen Bereich an die Vergabe. Derzeit sind 84 Prozent der Haushalte mit 5G abgedeckt, das Ziel sind allerdings 100 Prozent. Und nicht nur die Haushalte

sind hier wichtig – auch am Berg muss man sicher und verlässlich einen Notruf absetzen können.

Oder die Insta-Story füttern...

(lacht) Das ist da eher sekundär.

Gerade was 5G betrifft, war aus dem verschwörerischen Lager immer viel Widerstand da und man hat immer wieder gelesen, dass Masten mit Brandbomben angegriffen werden. Wie entschrecken wir 5G für die Bevölkerung?

Diese Skepsis hat Gott sei Dank stark abgenommen. Das ist immer so, wenn etwas normal wird und sich auch im Alltag klar herausstellt, was wir aus der Wissenschaft ohnehin schon wissen. Nämlich, dass 5G nicht schädlich ist und sich alles weit unter allen gesundheitlich relevanten Grenzwerten abspielt. Ich bin mir sicher, so mancher Skeptiker verwendet mittlerweile selbst 5G, weil er das schnelle Internet mag. Das ist bei Ängsten vor Innovation und Neuem immer so. Das hatten wir vor zehn Jahren beim E-Banking genauso und heute verwendet es jeder und schätzt die Vorteile.

Für mich klingt das, als wäre Internet für dich – wie ein Kanalzugang – ein Grundbedürfnis.

Ob schnelles Internet, wie der Kanal oder Stromversorgung im kommunalen Bereich, zur Daseinsvorsorge gehört, ist immer wieder

diskutiert worden. Ich bin der Meinung, dass das sehr wohl so ist und so war zumindest in Tirol auch immer die Handhabe dieses Themas. Andere Länder sind das auch anders angegangen. Was früher Straßen, Strom und Wasser waren, die eine Region zur Konkurrenzfähigkeit und Existenz braucht, ist heute genauso das schnelle Internet.

Wie soll in Zukunft die Kooperation, gerade auch bei Kommunikationsschnittstellen im Ausland, aussehen?

„Digitalisierung ist natürlich kein Österreichthema alleine. Wir wollen das auf jeden Fall zum europäischen Thema machen.“

Digitalisierung ist natürlich kein Österreichthema alleine. Wir wollen das auf jeden Fall zum europäischen Thema machen. Gerade wurden der Digital Market Act und der Digital Service Act verabschiedet und nächstes Jahr wird man sich mit so vielen Akten zur Digitalisierung beschäftigen, wie es sie noch nie gegeben hat. Dahinter steckt die Idee der digitalen Souveränität, also dass der digitale Raum nicht rechtsfrei sein darf. Wir haben als europäische Staaten gewisse Grundsätze und Gesetze – auch im Steuerbereich – und das Ziel ist es, diese aus der Offline-Welt in die Online-Welt zu bringen, was nur europäisch möglich ist.

Wenn wir gerade von europäischer digitaler Kommunikation sprechen: Sagen wir, ich möchte mit meinem neuen digitalen Führerschein nach Frankreich fahren. Wann und wie wird das möglich?

Vielleicht gilt der digitale Führerschein zu seiner Einführung, die dieses Jahr passieren wird, noch nicht im Ausland. Dafür stellen wir gerade die Handysignatur auf die neue Digitale Identität um, die ein europäischer Standard, definiert durch

die EU, ist. Mit der digitalen Identität muss ich mich dann genauso wie in Österreich in Deutschland, Ungarn oder Tschechien an einer Universität einschreiben können. Genauso werde ich mich nach einiger Zeit auch mit dem digitalen Führerschein und der digitalen Zulassung im Ausland bei einer Polizeikontrolle ausweisen können. Dafür arbeiten wir mit europäischen Standards.

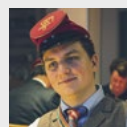
Sprechen wir noch kurz ein Thema an, für das du nicht

primär zuständig bist, das dich aber auch beeinflusst. Digitale Grundbildung ist ab dem nächsten Schuljahr ein Pflichtfach. Der Bildungsbereich beschwert sich hierbei über zu wenig Medienbildung und zu viel Informatik, die Wirtschaftskammer sieht das umgekehrt. Wo soll der Fokus der Digitalen Grundbildung in der Schule für dich liegen?

Ich rede gerne über dieses wichtige Thema, auch wenn es eigentlich Agenda des Bildungsministeriums ist. Kern der Digitalisierung ist es, auch unsere Bevölkerung zu befähigen, in den 94 Prozent aller Berufe, die es gibt, die ein Maß an digitaler Grundbildung voraussetzen, diese auch zu haben. Wir wissen, dass ein Drittel derer, die Zugang zum Arbeitsmarkt haben, nicht über diese Kenntnisse verfügen. Und dieses Problem wird sich in Zukunft nur verschärfen.

Für dich soll Bildung also in Zukunft insgesamt digitaler werden?

Ja! Ganz offen – wer heute Matura macht, der macht annähernd die gleiche Matura, die ich schon vor 16 Jahren gemacht habe. Wir wissen aber auch genau, was sich in den letzten Jahren alles getan hat. Es wird sich viel verändern müssen.



Prof. Wolfram Kreipl, BEd (Vi)

ist Mittelschullehrer. Er unterrichtet Mathematik, Physik und Informatik.

NUR EIN GRUNDBEDÜRFNIS ODER DOCH MEHR?

Der Verfassungsgerichtshof erkannte am 30. Juni 2022, dass es keine „sachliche Rechtfertigung für eine kategoriale Ungleichbehandlung von Religion und Kunst“ gibt. Das wirft Fragen auf und verlangt nach Klarstellungen.

MATTHIAS TSCHIRF



Domenkrönung Christi (c. 1603) von Michelangelo Merisi da Caravaggio (1571–1610). Kunsthistorisches Museum in Wien.

Die Höchststrichter stießen sich an den in der 5. Covid 19-Verordnung für den Herbst 2021 festgelegten Ausnahmen für Kirchen und Religionsgemeinschaften hinsichtlich des Betretungsverbot. Sie sahen zwischen dem Zusammenkommen zu religiösen Zwecken einerseits und zu künstlerischen Zwecken andererseits „keinen solchen Unterschied, der es rechtfertigen würde, [kunstbezogene] Zusammenkünfte

praktisch weitestgehend zu untersagen, während [religiöse] Zusammenkünfte schlechthin möglich sind.“ Der VfGH resümiert: „Religion und Kunst gehören zu den Grundbedürfnissen einer zivilisierten Gesellschaft.“

BESORGTE REAKTIONEN

Der Synodenpräsident und Jurist Peter Krömer sprach seitens der evangelischen Kirchen sein „großes Befrem-

den“ zum aktuellen VfGH-Erkenntnis aus und wies auf die „teilweise strengeren Maßnahmen der Kirchen zum Schutz vor Covid 19“, die die Kirchen eigenverantwortlich gesetzt haben, hin. Diese Notmaßnahmen hätten zu massiven Beschränkungen und Restriktionen geführt, die sich direkt auf die Abhaltung von Gottesdiensten, kirchlichen Amtshandlungen, Veranstaltungen mit religiösem Inhalt auswirkten.

Krömer meinte, die öffentliche Rezeption des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes erwecke den irrtümlichen Eindruck, „dass in den Kirchen während der Covid 19-Pandemie überhaupt keine Beschränkungen vorhanden waren“, obwohl „das Gegenteil der Fall war“, und stellte resignierend und mit Befremden fest, dass die Kirchen vom Verfassungsgerichtshof nicht einmal gehört worden seien.

Der Rechtsreferent der katholischen Bischofskonferenz Markus Brandner äußerte massive rechtliche Bedenken: „Die Feier öffentlicher Gottesdienste fällt in den Kernbereich der inneren Angelegenheiten der Kirchen und Religionsgemeinschaften“ und ist durch das Staatsgrundgesetz 1867 (Artikel 15) und die Europäische Menschenrechtskonvention (Artikel 9) garantiert. Die entsprechenden Maßnahmen hätten durch die Kirchen und Religionsgemeinschaften zu erfolgen, was auch im Herbst 2021 erfolgt ist.

Kultusministerin Susanne Raab wies auf den hohen Stellenwert der Religionsfreiheit hin, aber auch darauf, dass der Glaube in Krisenzeiten den Menschen besonderen Halt gibt.

DAS BESONDERE AN DER RELIGION

Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes sind zu akzeptieren, ihnen ist vollinhaltlich nachzukommen. Aber selbstverständlich entzieht sich der Inhalt auch einer höchstgerichtlichen Entscheidung nicht des demokratischen Diskurses. Die Definition Religion und Kunst als „Grundbedürfnisse einer zivilisierten Gesellschaft“ lädt zum Nachdenken ein, was denn gesellschaftlich das Besondere an der Religion ist.

Keineswegs geht es darum, den Stellenwert der Kunst für unsere Gesellschaft und ihre

Offenheit und Reflexionsbereitschaft zu relativieren. Aber: Sollte sich nicht eine säkulare Gesellschaft fragen, welche besonderen Aufgaben Kirchen und Religionsgemeinschaften zu erfüllen hat? Sollte es uns nicht zu denken geben, wenn ein Politiker der Deutschen Linken, ein ausgewiesener Agnostiker, Gregor Gysi, uns ausrichtet, dass er „sich vor einer Gesellschaft ohne Religion fürchtet“, so geschehen in einer Livesendung des Bayrischen Rundfunks? Oder wenn der bedeutendste lebende Vertreter der Frankfurter Schule, Jürgen Habermas, in seinem vor wenigen Jahren erschienen Alterswerk „Auch eine Geschichte der Philosophie“ auf die besondere Bedeutung von Glaube, Religion und Kirche hinweist?

Müsste der Staat nicht vieles selbst organisieren, was die Gesellschaft trägt und zusammenhält: in Bildungseinrichtungen, Krankenanstalten und der Pflege, durch die Caritas? Die Hospizarbeit wird in ganz besonderem Ausmaß durch kirchliche Einrichtungen getragen, ein unschätzbare Wert für unsere immer älter werdende Gesellschaft. Die Kirchen (katholische und evangelische) sind nicht mehr die Volkskirchen der 50er und 60er Jahre, aber wer verfügt noch in unserer Gesellschaft über so viele ehrenamtliche Mitarbeiter, allein in der Katholischen Kirche sind es 300.000 von 4,3 Millionen Katholiken in 3000 Pfarren mit 8150 Priestern und 45.000 Pfarrgemeinde-



räten? Auch wenn andere christliche Kirchen in Österreich weit weniger Mitglieder haben, aber auch sie prägt die Ehrenamtlichkeit.

Die Kirchen sind ein Kitt, der beiträgt, unsere – manchmal zur Erosion neigende – Gesellschaft zusammen zu halten. Auch eine säkulare Welt braucht die spirituellen und kulturellen Fähigkeiten der Kirchen zum Brückenbauen. Wie drückte es vor kurzem Paul Zulehner so treffend aus: Religion ist in einer taumelnden Welt eine wichtige Hoffnungsquelle.

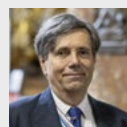
DER KIRCHENRAUM – BEGEGNUNGSTÄTTE MIT GOTT

Der Vorsitzende der Europäischen Bischofskonferenz, der Luxemburger Erzbischof Kardinal Jean-Claude Hollerich (E-Rh et al.), erinnerte im Rahmen der diesjährigen Cartellversammlung in Bonn daran, was Kirche ist: Begegnungststätte mit Gott. Ähnliches würde man sicher auch über Synagogen

sagen. Gehört zu einer offenen pluralen Gesellschaft nicht auch ein Respekt für jene, die glauben? Um eines klarzustellen: Die Bekämpfung der Pandemie endet nicht am Kircheneingang, das hat unter anderem auch die katholische Kirche eindrucksvoll mit Verantwortung bewiesen.

VOM STELLENWERT DER GEMEINSCHAFT

Der Verfassungsgerichtshof setzt Religion und Kunst als Bedürfnisse in einer zivilisierten Gesellschaft gleich. Das ist doch Anlass, darüber nachzudenken welchen Stellenwert die Gemeinschaft gerade in der Kirche hat. Sagt doch Christus: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich unter ihnen“. Ist diese Gemeinschaft der Gläubigen wirklich nichts anderes als das gemeinsame Erleben eines Theaterstückes, einer Oper eines Konzertes? Braucht nicht die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts die freie Kirche im freien Staat?



Dr. iur. Matthias Tschirf (Merc et mult.)

war u.a. Klubobmann der Wiener ÖVP und ist Präsident der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände.

HAT VATER STAAT DIE BESTPREISGARANTIE?

Je näher der Winter rückt, umso lauter werden die Rufe nach staatlicher Regulierung der Märkte für Strom, Erdgas und Treibstoffe. Es gibt aber auch Stimmen, die vor solchen Eingriffen entschieden warnen, speziell im Hinblick auf die internationale Dimension des Problems.

GUIDO PÖLLMANN



Wenn auch Inflation ein gesamtwirtschaftliches Phänomen ist und Maßnahmen zur Preisregulierung einzelwirtschaftliche Eingriffe darstellen, wird im Zusammenhang mit der aktuell hohen Inflation – im Juli 8,9 Prozent im Euroraum, in Österreich gar 9,3 Prozent – immer öfter über staatliche

Maßnahmen zur Preisregulierung nachgedacht.

MINDESTLOHN UND MILCHPREISSTÜTZE

Vom theoretischen Standpunkt lassen sich zunächst zwei Ausprägungen von Eingriffen in die Preisbildungen auf Märkten unterscheiden:

Höchstpreise und Mindestpreise.

Bei Mindestpreisen legt der Staat fest, wie viel ein Gut bzw. eine Dienstleistung mindestens kosten muss. Das Gut kann zwar teurer sein, es darf jedoch nicht unter den Mindestpreis fallen. Ein solcher Mindestpreis wird vor

allem dann eingeführt, wenn Anbieter geschützt werden sollen. Sollte der Marktpreis die Produktionskosten der Anbieter nicht decken, kann der Staat solche Mindestpreise einführen. Bis 1984 wurden mit solchen Mindestpreisen die Milchbauern in der Europäischen Gemeinschaft (heute EU) unterstützt.

Das Pendant zu Mindestpreisen auf dem Arbeitsmarkt stellt der Mindestlohn dar. Wenn Haushalte für ihre angebotene Arbeitskraft einen so geringen Stundenlohn erhalten, dass ihr Einkommen unter das Existenzminimum fällt, kann ein solcher Mindestlohn eingeführt werden. In Deutschland wurde dieser kürzlich auf Empfehlung der Mindestlohnkommission hin zum 1. Oktober 2022 auf zwölf Euro brutto je Stunde festgelegt.

dar, die nicht überschritten werden darf. Bekanntes Beispiel war in Deutschland der sog. Berliner Mietendeckel.

stattung und Lage bemaßen sowie an der zuletzt verlangten Miete orientierten. Dieser wurde jedoch vom Bundes-

gesetzgeberisch tätig zu werden.

„Während mit dem Instrument des Mindestpreises Anbieter geschützt werden, dient das Instrument des Höchstpreises dazu, die Nachfrager zu schützen.“

Während mit dem Instrument des Mindestpreises Anbieter geschützt werden, dient das Instrument des Höchstpreises dazu, die Nachfrager zu schützen. Ein Höchstpreis stellt eine Preisobergrenze

Damit wollte der rot-rot-grüne Berliner Senat den starken Anstieg der Mieten dämpfen. Wurde eine Wohnung wieder vermietet, musste sich der Vermieter an Obergrenzen halten, die sich an Alter, Aus-

verfassungsgericht als mit dem Grundgesetz unvereinbar betrachtet, da der Bund bereits eine entsprechende gesetzliche Regelung getroffen hatte und das Land Berlin daher nicht befugt war,

„INTERVENTIONSSPIRALE“ DROHT

Wird ein Mindestpreis eingeführt, entsteht ein Anreiz, zu dem garantierten Preis möglichst viel anzubieten, so dass Überkapazitäten entstehen. Mit Bezug auf die Milchpolitik der EG wurde, um der enormen Überproduktion Herr zu werden, überschüssige Milch aufgekauft und als Butter eingelagert. Es entstand der legendäre „Butterberg“. Ab 1984 sorgte schließlich eine europäische Quotenregelung dafür, dass das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage künstlich ausgeglichen

Raiffeisen Bank International
Member of RBI Group

Geld lässt Märkte wachsen, aber keine Bäume.

Wir haben verstanden. #responsiblebanking



wurde. Wie man sieht, kann es bei einem solchen Markt eingriff zur Notwendigkeit kommen, dass der Staat ein ums andere Mal eingreifen muss. Es kommt es zu einer „Interventionsspirale“ wie sie vom österreichischen Ökonomen Ludwig von Mises in seiner Schrift zur „Kritik des Interventionismus“ schon in den 1920er Jahren analysiert wurde.

WANN IST DER MARKT WIRKLICH FREI?

In Ländern wie Deutschland und Österreich wird derzeit diskutiert, ob Höchstpreise für Erdgas und Benzin eingeführt werden sollen, um die Haushalte vor den hohen Energiekosten zu schützen. Bedingt durch den Krieg in der Ukraine und der damit aus politischen-strategischen Gründen eigesetzten Verknappung von Erdgas aus Russland droht eine massive Erhöhung der Gaspreise, die von den Unternehmen an die Verbraucher weitergegeben werden. Der Anstieg des Benzinpreises wiederum erklärt sich dadurch, dass europäische Importeure die Einfuhr von Treibstoffen aus Russland reduziert haben. Ein drohendes Öl-Embargo durch die EU gegenüber Russland und die

zunehmende Nachfrage aus der China dürften die Preise weiter hochhalten.

Ein solcher Höchstpreis erweist sich jedoch auch als problematisch. Zunächst stellt sich mikro-ökonomisch das Problem, dass bei einem Höchstpreis die Unternehmen ihre Güter und Dienstleistungen nicht mehr kostendeckend verkaufen können. Mit Bezug auf Benzin könnte dies bedeuten, dass Mineralölkonzerne weniger Treibstoffe anbieten, als es die Nachfrage eigentlich erfordern würde. Ein sogenannter Nachfrageüberhang wäre die Folge. Dies könnte die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten im Extremfall zu Mengengerätungen zwingen.

Grundsätzlich stellt ein Höchstpreis einen Eingriff in das Preis-Mengengefüge dar und verzerrt die Preise. Folgt man dem Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek und seiner Marktprozess-theorie, stellen Preise jedoch wichtige Informationen zur Verfügung. Auf dem freien

Markt unverzerrt gebildete Preise stellen wirtschaftlich relevante Informationen über wissenschaftliche oder technische Erkenntnisse zur Verfügung und liefern zudem Kenntnisse der besonderen Umstände von Ort und Zeit. (Dazu ist es laut Hayek und

auf die Marktteilnehmer handlungsbeeinflussend. So können beispielsweise Haushalten und Unternehmen auf die Verknappung kurzfristig durch Substitution und mittelfristig durch Diversifikation und technischen Fortschritt reagieren.

„Auf dem freien Markt unverzerrt gebildete Preise stellen wirtschaftlich relevante Informationen über wissenschaftliche oder technische Erkenntnisse zur Verfügung...“

(Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek)

den anderen „Österreichern“ aber nötig, dass der Staat die Rahmenbedingungen für einen wirklich freien Markt schafft – keine Monopole oder Oligopole, keine unfairen Wettbewerbsvorteile für bestimmte Branchen oder Firmen...) Diese so gewonnenen Erkenntnisse wirken

Möchte der Staat jenseits eines Höchstpreises Haushalte entlasten, könnte er dies gezielt durch Steuergutschriften tun. Er kann auch indirekte Verbrauchssteuern senken. Letzteres setzt dann voraus, dass diese von Unternehmen an die Nachfrager auch weitergegeben werden.



Prof. Dr. Guido Pöllmann (Rad)

ist Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre an der FOM Hochschule für Oekonomie & Management. Er unterrichtet an deren Hochschulzentren in München und Wien.

ÖSTERREICH UND DAS PRINZIP WETTBEWERB

Der Wettbewerb unter Unternehmen ist Motor der Entwicklung unserer Volkswirtschaft und damit Voraussetzung für Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand und Innovation. Dafür ist es notwendig, dass für alle Unternehmen dieselben Spielregeln gelten. Was in der Theorie einleuchtet, bereitet in der Praxis allerdings oftmals Schwierigkeiten. Eine grundsätzliche Annäherung hinsichtlich Wettbewerb, Wettbewerbsrecht und Österreich.

NATALIE HARSDORF-BORSCH UND LUKAS CAVADA



Was ist Wettbewerb? Diese Gretchenfrage ist bis heute keiner allgemeingültigen wirtschaftswissenschaftlichen Definition zugänglich. Vereinfacht und verallgemeinernd kann darunter das Streben verstanden werden, vor anderen einen Vorsprung zu erlangen. Ungemünzt auf Unternehmen ist darunter zu verstehen: das Anbieten von gleichen oder ähnlichen Produkten

und Dienstleistungen mit dem Ziel, besser (preislich günstiger, qualitativ hochwertiger und innovativer) als andere Unternehmen zu sein.

DAS WAGNIS, NEUES UND BESSERES ZU SCHAFFEN

Generationen von Ökonomen und in jüngerer Zeit auch vermehrt Ökonominen haben sich in der Theorie mit Wettbewerb, seinen

Faktoren und Zielen beschäftigt. Daraus sind unzählige Denkschulen entstanden. Stellvertretend erscheint in diesem Zusammenhang der österreichische Ökonom und Nobelpreisträger *Friedrich A. von Hayek* besonders erwähnenswert. Dieser charakterisierte Wettbewerb als „Entdeckungsverfahren“. Damit wird ein wesentlicher Aspekt von Wettbewerb verdeutlicht: der Anreiz, Neues zu wa-

gen und Probleme zu lösen (technischer Fortschritt, verbesserte oder neue Produkte etc.). Als weitere Eckpfeiler des Wettbewerbs gelten die effiziente Verwendung von vorhandenen Produktionsfaktoren, die Stimulierung und Steigerung von Leistungen sowie die Erhaltung der Wirtschaftsfreiheit. Dadurch soll die Förderung des Wohlstands sichergestellt werden. Wettbewerb ist daher das

Lebenselixier von Volkswirtschaften und soll zum Wohle aller Beteiligten sein.

WARUM WETTBEWERBSRECHT?

In rechtlicher Hinsicht wurde der Grundstein für offenen und fairen Wettbewerb in Kontinentaleuropa in der Französischen Revolution gelegt. Ein Gesetz aus dem Jahr 1791 hat es Unternehmen verboten, sich zusammenzuschließen, um ihre „gemeinsamen Interessen“ zu regeln. 1810 wurde zudem im *Code pénal*, dem im Napoleonischen Kaiserreich entstandenen Strafgesetzbuch, untersagt, Preise über oder unter dem Niveau zu manipulieren, das durch freien und natürlichen Wettbewerb zustande gekommen wäre. Mit Blick über den Ärmelkanal hat es mit dem *Statute of Monopolies* aus dem Jahr 1623 in England sogar noch früher erste wettbewerbsrechtliche Grundzüge gegeben.

Auf der anderen Seite des Atlantiks wurde in den USA in der Hochblüte immer mächtiger werdenden Öl-, Stahl- und Bankenkonzerne Ende des 19. Jahrhunderts ein Kartellrecht der modernen Prägung geschaffen. Der *Sherman-Act* richtet sich im Wesentlichen gegen wettbewerbschädliche Geschäftspraktiken und der Ausnutzung einer Monopolstellung von Unternehmen, jeweils insbesondere zulasten von Konsumenten. Vervollständigt wurde das US-Kartellrecht durch den *Clayton Act*, mit dem bereits 1914 eine Fusionskontrolle geschaffen wurde, die eine Prüfung von Unternehmenskäufen ermöglicht. Diese Ausrichtung kann als gewisser Hamilton-Moment für das Kartellrecht verstanden werden, das bis heute nichts an Gültigkeit verloren hat: Die drei Säulen des modernen Kartellrechts sind

- das Verbot der Einschränkung oder Verhin-

derung des Wettbewerbs (Kartellverbot)

- das Verbot missbräuchlicher Verhaltensweisen durch marktbeherrschende Unternehmen (Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung)
- die Prüfung von bestimmten Unternehmenskäufen (Fusionskontrolle).

In Österreich ist das Wettbewerbsrecht in zeitlicher Hinsicht ein viel zarteres Pflänzchen. Erst durch den Beitritt Österreichs zur EU (damals EG) 1995 wurde langsam eine Dynamik in Gang gesetzt, die im Jahr 2002 letztlich im Kartellgesetz und im Wettbewerbsgesetz mündete. Diese beiden Gesetze bilden in Österreich bis heute, nach einigen Novellierungen, den wettbewerbsrechtlichen Rahmen mit den oben genannten drei Säulen. Sie waren zudem auch der Startschuss für die Schaffung der unabhängigen

und weisungsfreien Bundeswettbewerbsbehörde (BWB).

WETTBEWERB (SRECHT) UND ÖSTERREICH

Es kann daher festgehalten werden, dass es zum einen in Österreich zwar eine ausgeprägte Tradition hinsichtlich ökonomischer Schulen und Positionen zum Wettbewerb gibt, der Vollzug des Wettbewerbsrechts jedoch erstaunlich jung ist. In Deutschland wurde die Wettbewerbsbehörde bereits 1958 gegründet, in Österreich blickt man auf 20 Jahre zurück. Was hat sich seither getan?

Unter dem ehemaligen Generaldirektor der BWB, Theodor Thanner (R-J), wurde 2010 die erste Hausdurchsuchung moderner Prägung durchgeführt. Damit wurde der Grundstein für ein neues Zeitalter des Kartellrechtsvollzuges gelegt. Seit damals wurden mittlerweile weit über hundert Hausdurchsu-



chungen bei Unternehmen wegen Verstößen gegen das Kartellgesetz durchgeführt. Die Summe der verhängten Geldbußen beträgt mehr als eine Viertelmilliarde Euro. Herausstechend sind in diesem Zusammenhang rezente Fälle: Gegen Unternehmen im Baubereich wurden wegen Verstößen gegen europäisches und österreichisches Kartellrecht mit 62,35 Millionen Euro beziehungsweise 45,37 Millionen Euro die (bisher) höchsten individuellen Geldbußen verhängt. Wegen einer unterbliebenen Anmeldung eines Unternehmenserwerbs musste das US-Technologieunternehmen Meta (vormals Facebook) zuletzt 9,6 Millionen Euro Geldbuße bezahlen. Die gegen Unternehmen verhängten Geldbußen fließen zum ganz überwiegenden Teil dem Bund zu und sohin an die Allgemeinheit zurück.

Der Mehrwert der Sicherstellung von fairem, freiem Wettbewerb in Österreich hat sich insbesondere auch in Krisenzeiten gezeigt. Bei disruptiven Ereignissen sind Märkte tendenziell vulnerebel(er). Das betrifft etwa Marktkonzentrationen. In einem solchen Fall ist zu befürchten, dass etwa Preise, die Konsumenten bezahlen müssen, ungerechtfertigt und überproportional steigen oder in der Lieferkette für Unternehmen keine alternativen Abnehmer oder Zulieferer mehr bestehen. Die BWB kann sicherstellen, dass Krisen nicht als Vorwand genutzt werden, um mittel-



„Die BWB kann sicherstellen, dass Krisen nicht als Vorwand genutzt werden, um mittel- bis langfristig die Marktmacht einzelner Unternehmen zu zementieren und diese zu missbrauchen.“

langfristig die Marktmacht einzelner Unternehmen zu zementieren und diese zu missbrauchen.

ABSPRACHEN SIND EIN FORM VON PLANWIRTSCHAFT

Was hinsichtlich fairem und freiem Wettbewerb logisch und nachvollziehbar anmutet, stößt allerdings nicht immer auf ungeteilte Gegenliebe. So wird mitunter angemerkt, dass aus Kartellabsprachen in Wirklichkeit kein Nachteil entstünde, weil die Angebote ohne Absprachen nicht günstiger gewesen wären. Vielmehr werde durch die Absprachen zwischen Unternehmen ein kostensparendes und effizientes Angebot sichergestellt und internationale Konkurrenzfähigkeit ermöglicht. Der Ansatz bedeutet nichts ande-

res, als den Anspruch zu erheben, durch Ausschaltung von Wettbewerb einseitig die Bedürfnisse auf Nachfrageseite zu definieren. Es handelt sich also um einen planwirtschaftlichen Ansatz zur wirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung. Das Scheitern derartiger planwirtschaftlicher Ansätze zur Steuerung

von Nachfrage und Angebot ist in der Realität hinreichend belegt. Unabhängige Institutionen können garantieren, dass Österreich im Sinne eines erfolgreichen Wirtschaftsstandortes sowie des Rechtsstaats keine Rückschritte in diese Richtung macht.

Daher wollen wir diesen Artikel mit einem Zitat des französischen Nobelpreisträgers und Ökonomen *Jean Tirole* schließen, der aus Anlass einer Keynote im Rahmen der OECD im Jahr 2019 zum Höhepunkt der Diskussion über die letztlich gescheiterte Fusion *Siemens/Alstom* auf EU-Ebene eine leidenschaftliche Brandrede für das Wettbewerbsrecht hielt. Dabei nannte er als wichtigen Garanten für Wettbewerbsbehörden: *„Independence is worth fighting for“*. Entsprechend wurde mit der ECN+-Richtlinie im Jahr 2019 die Unabhängigkeit von nationalen Wettbewerbsbehörden (einschließlich angemessener Rechenschaftspflichten) jetzt auch auf EU-Ebene verankert.



Dr. Natalie Harsdorf-Borsch, LL.M.

ist Stv. Generaldirektorin und Leiterin der Geschäftsstelle der Bundeswettbewerbsbehörde. Davor war sie Leiterin der Rechtsabteilung und Stv. Geschäftsstellenleiterin. Seit 2019 ist sie gewählte Koordinatorin des OECD Competition Committees gegenüber der UNCTAD. Zudem ist sie Herausgeberin und Autorin zahlreicher Fachpublikationen und Vortragende bzw. Dozentin zum Kartellrecht.



Mag. Lukas Cavada (Pan)

ist Referent bei der Bundeswettbewerbsbehörde. Er hat in Wien Rechtswissenschaften studiert, ist Autor einschlägiger Fachpublikationen und als Vortragender tätig.



PAUL HEFELLE

BETRETENES SCHWEIGEN

Dieser Tage konnte man auf „Twitter“ lesen, dass die Fußball-WM im Wüstenstaat Katar einen Tag früher starten wird. Entgegen den bisherigen Planungen sei nun nämlich doch ein Eröffnungsspiel geplant. An der ungewöhnlichen, durch den Austragungsort bedingten Spielzeit im Winter ändert das freilich nichts. Ebenfalls dieser Tage konnte man auf Ö3 hören, wie eine Volksschülerin im breitesten Dialekt davon berichtet, wie sie mit ihrer Volksschullehrerin einen „Regenbogen-Zebrastrreifen“ in ihrer Heimatgemeinde initiiert und durchgesetzt hat, wofür sie vom Moderator live „als Vorbild für alle“ geadelt wurde.

Die Ö3-Story passt gut in eine Zeit, in der das Symbol der LGBTQ-Bewegung nahezu omnipräsent ist. Was grundsätzlich legitim ist, wenn es darum geht, den genannten Gruppen (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender und queer) Akzeptanz und Toleranz entgegenzubringen, zu lange wurden sie diskriminiert. Eine aufgeklärte und offene Gesellschaft kann

und soll auch kleinsten Minderheiten Raum geben und ihnen (die lange verwehrt) Sichtbarkeit zukommen lassen. Bedenklich wird es freilich, wenn unter dem bunten Symbol eine Ideologie Platz greift, die die Grundwerte der westlichen Gesellschaften schamlos ausnützt und sie gleichzeitig in Frage stellt. So wird angezweifelt, ob es überhaupt noch legitim sei, das biologische Geschlecht als Grundlage des Menschseins anzuerkennen.

Natürlich, es gibt etwas dazwischen und es gibt auch Menschen, die mit ihrer Geschlechtsidentität ein Problem haben. Die Antwort kann aber nicht sein, dass man die Geschlechtszugehörigkeit, wie in Deutschland seit kurzem der Fall, einfach nach Gutdünken ändern kann. Zu ernst und belastend ist für Betroffene die Situation – es ist kein Zufall, dass Fachleute davor warnen, dies – gerade bei Jugendlichen – als einfache Sache darzustellen. In das Bild passt, dass im deutschen Bundestag ein biologischer Mann und zweifa-

cher Vater sitzt, der als Frau „gelesen“ werden will und auf einem Quoten-Frauenplatz sitzt. Eine Tatsache, die von Gruppen rund um die Frauenbewegungskönigin Alice Schwarzer kritisiert wird, die sich dafür wiederum einer aggressiven Transgender-Lobby gegenübersehen. Auch im Sport müssen sich Frauen immer öfter mit vormaligen Männern messen, die eben zu Ende gegangene Fußball-EM der Frauen blieb von der Thematik (wie Experten betonen: noch!) verschont. Auch diese Entwicklungen finden unter dem Zeichen des Regenbogens statt, werden aber in „feel well“-Kampagnen wie jener von Ö3 totgeschwiegen. Es würde ja auch nicht in die schöne Erzählung passen, dass Feministinnen, die sich nicht dem bedingungslosen Diktat „Transfrauen sind Frauen“ unterwerfen, von Transgender-Gruppen bedroht und angegriffen werden.

Mit der bevorstehenden WM in Katar hat das Ganze insofern zu tun, als LGBTQ-Menschen dort tatsächlich diskriminiert und verfolgt werden. Darüber schweigen die sonst so mutigen Kämpfer für LGBTQ-Rechte aber. Während wir Europäer die überzogenen Ansätze der Transgender-Ideologen also nicht registrieren oder willfährig geschehen lassen, nehmen wir (sofern sportlich qualifiziert) zugleich an einem Fußballturnier in einem Emirat teil, wo die Scharia Hauptquelle der Gesetzgebung ist und Bauarbeiter in den zukünftigen Stadien unter menschenrechtswidrigen Bedingungen ausgebeutet werden und zahlreich zu Tode kommen.

Eine Gleichgültigkeit und Verlogenheit, die eigentlich zu einem medialen Aufschrei führen müsste, aber da ist nichts. Nur betretenes Schweigen.

Mag. Paul Hefelle (F-B, BbG)

ist beruflich im Kommunikationsbereich tätig und war von 1999 bis 2005 Chefredakteur der ACADEMIA.

DURCHAUS BEFÄHIGT UND ENORM GEPRÄGT

Ist die Jugend medial kompetent? Diese Frage taucht im Bildungs- und Politikkontext (Stichwort FFF, Pandemie) immer wieder auf – oft und gern mit einem verneinenden Unterton, schließlich gilt als gesichertes Allgemeinplatzwissen, dass bei der heutigen Jugend Hopfen und Malz verloren sei. Doch wie bei den Medien und beim Hopfen selbst lohnt sich auch hier ein näherer Blick.

PHILIPP JAUERNIK



„Die Jugend hat kein Ideal, kan Sinn für wahre Werte. Den jungen Leuten geht's zu gut, sie kennen keine Härte“, reimte schon 1975 Wolfgang Ambros. Wer „Zwickt's mi“ kennt, weiß, dass er dies nicht wörtlich verstanden wissen wollte. Nicht so sicher ist das bei Sokrates, der meinte „Die

Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität.“ Doch schon 600 Jahre vor Sokrates klagte ein unbekannter babylonischer Autor „Die heutige Jugend ist von Grund auf verdorben, sie ist böse, gottlos und faul. Sie wird niemals so sein wie die Jugend vorher, und es wird

ihr niemals gelingen, unsere Kultur zu erhalten“.

Die babylonische Kultur als solche ist tatsächlich nicht erhalten geblieben. Nur: Dass Kulturen aufkommen, eine Blüte und irgendwann einen Niedergang erleben, ist durchaus eine Normalität der Menschheitsgeschichte – und

mithin eine Notwendigkeit, denn um Platz für Neues zu schaffen, muss Altes weichen.

MEDIENKOMPETENZ UND WAS MAN DARUNTER VERSTEHEN MAG

Eine Erfahrung, die gewissermaßen eine Brücke zwischen zwei ehemaligen Bundesob-



männern der ÖVP spannt: So sprach Julius Raab (Nc) beim Fernsehen noch abschätzig über das „Bilderradio“, dem er nicht zutraute, sich durchzusetzen. Josef Taus (Baj) war zwei Jahrzehnte später der Medienkompetenz des Sonnenkanzlers Kreisky im TV-Duell 1975 mit Abstand nicht gewachsen.

und kritisch zu bewerten sowie selbst in vielfältigen Kontexten zu kommunizieren“. Die Frage nach dem kritischen Konsum ist tatsächlich eine besonders spannende. Wer misstraut einer in einer Qualitätszeitung veröffentlichten Studie zur Wirksamkeit von Impfstoffen, teilt aber ohne

Dinge verbreiten. Je höher das Alter, desto häufiger.

NUR PUNKTUELL INFORMIERT

Bei einer Studie im November 2017 unter 14- bis 20-Jährigen in Österreich wurde die Frage „Wenn Du in der Schule mit Medienkompetenz zu tun hast, was machst Du dann genau?“ am häufigsten mit „Informationen im Internet heraussuchen und kritisch bewerten“ beantwortet, dicht gefolgt von „Computer, Smartphone oder Tablets im Unterricht verwenden“. Babyboomer sehen dies oft nicht als Medienkompetenz an, liegen damit aber daneben. Medienkompetenz ist eine Kulturtechnik der kritischen Beurteilung – und die muss eben dort stattfinden, wo Nachrichten übermittelt werden.

Beate Großegger vom Institut für Jugendkulturforschung konstatierte 2017, wir hätten es bei der Gruppe zwischen 14 und 29 mit einer Generation passiver Demokraten

zu tun, die sich aus dem Meinungsbildungsprozess weitgehend ausklinken. Das klingt durchaus alarmierend. Junge Menschen, so Großeggers Studie, würden sich zwar durchaus informieren, allerdings eher punktuell, also im Rahmen von Großereignissen wie Naturkatastrophen oder vor Wahlen. Nur den Zeitraum dazwischen nutzen sie wenig.

Das ist insofern bemerkenswert, als die neuen Medien ja Partizipation viel eher ermöglichen als „herkömmliche“ Medien. Anders als bei Zeitungen, Radio oder klassischem Fernsehen kann reagiert, interagiert, kampagnisiert werden. Das passiert auch – aber eben nur punktuell. Der Meinungsbildungsprozess findet also oftmals ohne die Jugend statt. Eine Kritik, die paradoxerweise schon 1950 geteilt wurde.

ALLE PROBLEME DER ERDE STÄNDIG AM BILDSCHIRM

Gleichzeitig bestätigen Umfragen zu jugendlichen

„Medienkompetenz: Fähigkeit, die Medien zu nutzen, die verschiedenen Aspekte der Medien und Medieninhalte zu verstehen und kritisch zu bewerten sowie selbst in vielfältigen Kontexten zu kommunizieren.“

Medienkompetenz ist hier das Stichwort. Das Bildungsministerium definiert sie als die „Fähigkeit, die Medien zu nutzen, die verschiedenen Aspekte der Medien und Medieninhalte zu verstehen

Zögern jedes noch so eindeutig unwahre Facebookposting („Bill Gates hat die Impfungen erfunden, um die Menschheit zu dezimieren“)? Es sind nicht unbedingt Jugendliche, die solche

„Stimmungsbildern“, dass die heutige Jugend sich vermehrt depressiv fühlt, weil sie sich für alle Probleme der Welt zuständig und deren Lösung verantwortlich fühlt. Das Internet ermöglicht die Übertragung von Informationen in Sekundenbruchteilen über den gesamten Globus. Täglich, stündlich. Indigene Kulturen am anderen Ende der Erde, denen moderner Industriekolonialismus die Lebensgrundlagen entzog, waren für die Jugend der 70er bestenfalls eine Randnotiz. Das Waldsterben zehn Jahre später erlebte man zwar bewusster, ohne sich aber verantwortlich oder gar schuldig zu fühlen. Die Klimakrise treibt 2022 Millionen auf die Straße.

Vor allem sind es die Bewegtbilder, die den Ereignissen Nähe geben. Die amerikanische Öffentlichkeit war lange Zeit am Vietnamkrieg mäßig interessiert und stand dem amerikanischen Einsatz sogar vorsichtig positiv gegenüber. Erst, als im Rahmen der Tet-Offensive 1968 Fernsehbilder getöteter US-Soldaten ihren Weg in die amerikanischen Wohnzimmer fanden, schwenkte die Stimmung um. Heute schwemmt 5G in einer Stunde mehr bewegtes Bildmaterial auf ein Teenie-Hand als ein normaler Mensch erfassen kann.

ZUVERSICHT KOMMT NICHT AUS DEM NETZ

Von Vietnam nach Woodstock ist es nur ein Katzensprung. Wer sich unwillkür-

lich an „Fridays for Future“ erinnert fühlt, hat nicht Unrecht: In beiden Fällen handelt es sich um eine Bewegung idealistischer, junger Menschen. Wie auch immer man diese Ideale und die Mechanismen dahinter beurteilen und analysieren mag: Sie zeigen, dass auch über ein halbes Jahrhundert später eine engagementfreudige Jugend vorhanden ist. Eine, die durch die jeweils moderne Informationsgesellschaft beeinflusst ein gemeinsames Ziel entdeckt und es verfolgt. Dabei ist es gar nicht notwendig, dass beide Bewegungen nie die Mehrheit ihrer Generation repräsentierten.

Dazu passt auch eine SORA-Studie zum Umfeld der Covid-19-Pandemie: Die Jugend interessiert sich wieder vermehrt für Politik. Zugegeben: Das war in den vergangenen zwei Jahren auch stark dem Umstand geschuldet, dass politische Entscheidungen im Alltagsleben sehr viel spürbarer und unmittelbarer schienen als zuvor. Das wiederum deckt sich aber durchaus mit Beate Großegggers Analyse, dass Jugendliche sich besonders dann informieren, wenn sie persönlich betroffen sind. Aber so leben es die Erwachsenen vor. Wer hat sich schon für die Abhängigkeit von russischem Gas interessiert, bevor Vladimir Putin begonnen hat, es abzudrehen?

Übrigens weist die SORA-Studie auf einen Umstand hin, den auch die aktuelle Shell-Jugendstudie unter-



Jetzt informieren und weiterbilden!

Die Universität für Weiterbildung Krems ist die führende öffentliche Universität für Weiterbildung in Europa. Mit innovativen Studienprogrammen begleiten wir unsere Studierenden auf ihrem individuellen Karriereweg.

info@donau-uni.ac.at | www.donau-uni.ac.at

Universität für Weiterbildung Krems



streicht: Das, was Jugendliche depressiv macht, sind vor allem Zukunftssorgen. Gründe dafür sind der Klimawandel, die Umweltverschmutzung, aber zunehmend auch die Sorge um den Erhalt des Lebensstandards. Wenn es vor dem Hintergrund instabiler globaler Märkte, immens hoher Steuer- und Abgabenbelastungen in Kombination mit einer alternden Gesellschaft und einem ächzenden Pensionssystem kaum möglich scheint, sich „etwas aufzubauen“, gleichzeitig arbeiten bis 70 bald normal

sein wird müssen – und das vor dem Hintergrund, dass kaum hohe Pensionen zu erwarten sind: Worauf genau soll man dann mit Zuversicht blicken?

Alle Informationen zu diesen Themenbereichen sind heutigen Jugendlichen gut zugänglich. Dass sie gefunden und abgerufen werden, ist ein Zeichen für Medienkompetenz. Die allein wird freilich nicht reichen, damit die um oder nach 2000 Geborenen Zuversicht entwickeln. Das Zutun der Älteren ist gefragt.



Philipp Jauernik, BA (FIP)

ist Historiker. Seit 2016 ist er Bundesvorsitzender der Paneuropajugend Österreich.

DIE ANDEREN ZWEI PROZENT

Signifikante Teile des österreichischen Bildungsbudgets fließen in die Unterstützung jener, die weniger leisten können, Lernbehinderungen haben, sich schwerer tun. Doch das Spektrum der menschlichen Intelligenz hat auch ein anderes Ende, das leider viel zu oft vergessen wird – worunter die Betroffenen schwer leiden.

WOLFRAM KREIPL



„Welch prachtvolle Menschen, Philosophen, Denker, Dichter, Bildner und Musiker muß die Welt verloren haben, nur weil es ihnen nicht gegönnt war, ihr genuines Handwerk zu erlernen. Und wir spannen fort, daß Sokrates nicht der höchste Denker, Jesus nicht der größte Liebende, Leo-

nardo nicht der trefflichste Bildner und Mozart nicht der vollkommenste Musiker sein konnte, daß vollends andere Namen den Gang dieser Welt bestimmt hätten. Da trauereten wir um diese unbekanntenen, diese geborenen und doch zeitlebens ungeborenen Menschen.“ So schreibt Robert Schneider in seinem

Roman „Schlafes Bruder“, in dem er die Geschichte des fiktiven Johannes Elias Alder erzählt, eines Mannes mit einer besonderen musikalischen Begabung, die er sein Lebtag nie zu ihrer vollen Größe bringen kann, weil sein Umfeld diese nicht zu fördern weiß – und das ist kein historischer Einzelfall in

einem Vorarlberger Bergdorf des frühen 19. Jahrhunderts, sondern auch in unserer Republik der Gegenwart die Realität. Vorherrschend in unserer Gesellschaft ist der Grundgedanke, dass jene, die besonders begabt und leistungsfähig sind, keine besondere Unterstützung be-

nötigen – ja wofür wären sie denn sonst hochbegabt? Dass es sich hierbei um besonderen Nonsense handelt, entgeht der Forschung natürlich nicht, der Politik und vielen Lehrern jedoch sehr wohl.

WAS HEISST HOCHBEGABT?

Um über die Unterstützung, die hochbegabte Kinder erfahren, urteilen zu können, muss man sich zuvor auf einen praktikablen Hochbegabungsbegriff einigen. Hierfür allgemein akzeptiert ist der sogenannte IQ, also Intelligenzquotient. In den unterschiedlichsten Testverfahren (von denen einige besser, andere weniger gut sind) wird Leistung in ver-

schiedenen kognitiven Teilbereichen wie Kurzzeitgedächtnis, Mustererkennung etc. gemessen und dann ein

„Kreativität kann nicht gemessen werden. Ebenso werden die Einflüsse von Mehrsprachigkeit auf das Verständnis der Aufgabenstellung ignoriert.“

standardisierter Wert angegeben, der ein Maß für die geistige Leistungsfähigkeit der Person sein soll. Diese Testergebnisse sind immer so kalibriert, dass 100 der gesamtgesellschaftliche Durchschnittswert sein soll. Landet

man nun in den obersten zwei Prozent, also jenseits eines Wertes von 135, ist man hochbegabt.

Vor- und Nachteile solcher Testverfahren sind evident. Einerseits reduzieren sie ein komplexes Thema auf eine einzelne Zahl, die noch dazu relativ robust, also wiederholungssicher ist, und erleichtern somit die Handhabung im Alltag. Andererseits fällt bei solchen Testverfahren viel durch den Rost. Kreativität kann nicht gemessen werden. Ebenso werden die Einflüsse von Mehrsprachigkeit auf das Verständnis der Aufgabenstellung ignoriert. Selbst kulturell können bei solchen Tests große Unterschiede erkannt werden. Während der deutschsprachige Raum hier relativ homogen ist, muss das Testverfahren bereits in Osteuropa angepasst werden, da die kulturellen Einflüsse dort so anders sind, dass sie Testergebnisse verfälschen. Während solche Verfahren zur Messung von Hochbegabung aus einer pädagogischen Perspektive nur wenig nützlich sind, so helfen sie uns zumindest ansatzweise zu klassifizieren, wer nun im Fokus besonde-

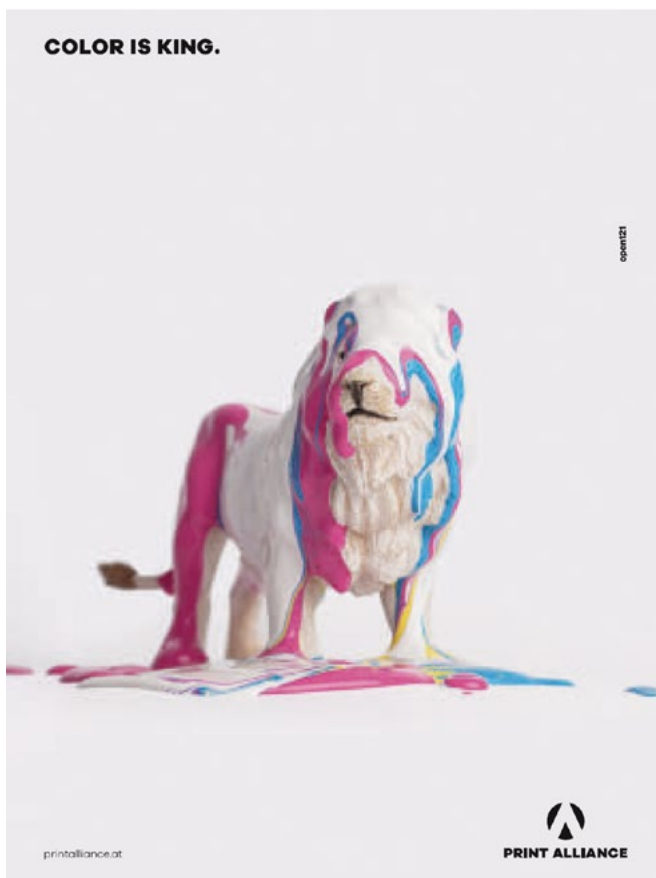
rer Förder- und Fördermaßnahmen stehen soll.

GLAUBENSFRAGEN UND ANDERE AUSFLÜCHTE

Die erste Hürde, die das frisch getestete hochbegabte Kind nun in der Realität überwinden muss, ist die eigene Schule. Es ist eine traurige Tatsache, dass die allerwenigsten Lehrer in Sachen Begabtenförderung adäquat ausgebildet sind (Dieses Thema ist im Allgemeinen nicht Teil des Lehramtsstudiums!) und sich mangels systematischer Angebote hier selbst etwas überlegen müssten.

Ganz anders bei der Förderung von Kindern am anderen Ende des Spektrums – hier können Schulassistenzen beantragt und zusätzliche Lehrkräfte in die Klassen geschickt werden, die die notwendige methodische Expertise haben. Sie können zudem auf ganze Stapel approbierter Unterrichtsmaterialien zurückgreifen.

Das begabte Kind aber überfordert das System. Und falls es dann obendrein in gewissen Themen mehr weiß als die Lehrer, ist die Aufregung perfekt. Zur mangelnden Kompetenz im Umgang mit dem Phänomen gesellt sich der Neid und schon fallen Killersätze wie: „Ich glaube nicht an Hochbegabung!“, oder „Für eine Hochbegabung sind die Noten zu schlecht!“. Tatsächlich wissen wir mittlerweile, dass gerade Hochbegabte häufig schulische



„Minderleister“ sind. Der Grund dafür: Ihnen erschließt sich der Sinn vieler Wiederholungen des Stoffes nicht. Sie beherrschen die gestellten Aufgaben bereits nach ganz wenigen Malen. Das Resultat ist Arbeitsverweigerung – ein Schutzmechanismus des Gehirns vor repetitiven und für sie langweiligen Arbeiten.

Ein weiterer, seltener, Grund für Minderleistung ist die (besonders bei Mädchen) bewusste oder unbewusste Anpassung an das Leistungsniveau der Mitschüler, um nicht aufzufallen. Eines ist in beiden Situationen klar: Gesund ist das nicht. In einigen Fällen kann eine solche konsequente Unterforderung bei Kindern zu körperlichen Symptomen, ähnlich dem „Burn-Out“ führen. Medial nennt man dies oft den „Bore-Out“. In der Folge beginnen diese Kinder schließlich, die Schule zu verweigern – ein weiterer Schutzmechanismus, der allerdings den Teufelskreis weiter füttert: Die Leistungen sacken weiter ab, die Chance auf Förderung rückt weiter in die Ferne.

„BITTE KOSTENNEUTRAL“ – PROBLEME IN DER PRAXIS

Tatsächlich gibt es einen gesetzlichen Rahmen, in dem hochbegabte Schüler gefördert werden können. Dieser wurde 2017 per Erlass festgelegt und bietet eine Vielzahl an Möglichkeiten. Von Maßnahmen zur Akzeleration, wie dem Überspringen von Klassen (oder sogar nur einzelnen Schulfächern), bis zu

„Pull-Out-Programmen“, bei denen Schüler den Unterricht verlassen und in der gleichen Zeit andere, komplexere Inhalte erarbeiten, kann vieles umgesetzt werden. Beziehungsweise könnte – wenn dies finanziell möglich wäre. De facto nämlich scheitern Maßnahmen zur Begabtenförderung sehr oft an den Mitteln. Man genehmigt diese nur ungern, wenngleich diese Abneigung auch von Bundesland zu Bundesland schwankt.

Während Ober- und Niederösterreich bereits umfassende und erfolgreiche Projekte zur Begabtenförderung umsetzen und ein reichhaltiges Angebot bieten, ist die Koordinationsstelle der Bildungsdirektion Tirol „im Aufbau“. Dementsprechend ist zumindest dort die Direktive, solche Maßnahmen „kostenneutral“ zu gestalten. Hand in Hand damit geht die personelle Unterbesetzung der Schulpsychologie, die oft die beste Anlaufstelle für IQ-Tests wäre. Ungetestet, also auf Verdacht, werden keine Fördermittel bereitgestellt, auf einen Testtermin wartet man aber in Tirol auch mindestens drei Monate – also den Gutteil eines Schulsemesters.

Damit ist nicht gesagt, dass die Umsetzung griffiger Förderkonzepte unmöglich ist. Selbstverständlich lässt sich mit einer flexiblen Schulleitung und der richtigen Motivation vieles machen – allerdings arbeitet man beim Durchsetzen von Förder-



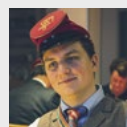
maßnahmen oft mehr gegen die Bildungsdirektionen als mit ihnen. Im Sinn der Sache ist das nicht.

WAS ZU FORDERN IST

- Die Förderung von Begabten muss Teil jedes Lehramtsstudiums sein. Hochbegabte gibt es gewiss an jeder Schule, selbst wenn gerade an den Mittelschulen nicht alle Verantwortlichen diese Einschätzung teilen beziehungsweise teilen wollen.
- Es braucht österreichweit einheitliche Bedingungen. Es kann im Sinne einer standortunabhängigen Chancengleichheit nicht angehen, dass

ein Kind nur dann unter idealen Bedingungen gefördert wird, wenn es zufällig im richtigen Bundesland aufwächst.

- Es fehlt am Geld. Während in den letzten Jahren viel Finanzierung in die Förderung jener gesteckt wurde, die sich schwerer tun, wurde die Begabtenförderung bestenfalls stiefmütterlich behandelt. Es braucht nicht unbedingt viele zusätzliche Lehrer oder Schulassistenten, bereits alternative Unterrichtsangebote zur Vertiefung parallel zum Regelunterricht wären ein sinnvoller Schritt – und das ohne Verwaltungsgymnastik seitens der Direktionen.



Prof. Wolfram Kreipl, BEd (Vi)

ist Mittelschullehrer. Er unterrichtet Mathematik, Physik und Informatik.

ES FUNKTIONIERT, WENN VIELE MITMACHEN

Teilen statt besitzen, vernetzte Mobilität statt Autos, die meist herumstehen. Ein junges Wiener Unternehmen hält das für die Zukunft des urbanen Verkehrs, viele Investoren denken ebenso. Ist „mobil sein ohne Verzicht“ tatsächlich möglich? Und wer ist dazu bereit?

WILHELM ORTMAYR



Am Anfang war das Moped. Irgendwann während seiner autolosen Studienzeit hatte Jonathan Gleixner es supereilig, von A nach B zu kommen. Angesichts eines Motorrollers, der vor seinem Haus abgestellt war, blitzte der zündende Gedanke auf: „Wenn man den mieten könnte...!“ Wenig später begannen er und sein Freund

Bojan Jukic, Mopeds digital zugänglich zu machen. Das Geschäft lief nicht schlecht, doch sehr schnell merkten die beiden: Das wirklich große Potenzial liegt nicht in den Vehikeln, sondern in der Software selbst. Also wurde die Flotte verkauft und das Start-up fokussierte sich unter dem Markennamen „goUrban“ auf das, was es auch heute tut. Fahrzeuge

digitalisieren und jedem zugänglich machen.

Gleixner glaubt fest an die Idee, die ihn treibt. Obwohl er weiß, dass gravierende Bewusstseinsänderungen notwendig sein werden, um ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Vielleicht denkt er manchmal an AirBnB. Niemand hatte sich vor 40 Jahren vorstellen können, dass welt-

weit Millionen Menschen ihre eigenen Wohnungen oder Teile davon an Feriengäste vermieten würden.

BESSERE AUSLASTUNG VERJÜNGT DIE FLOTTE

Ähnliches schwebt den goUrban-Leuten beim Auto vor, das den Namen Fahrzeug eigentlich völlig zu Unrecht trägt. 97 Prozent der Zeit steht



„Es ist Zeit, individuelle Mobilität neu zu denken: Weg vom Besitz, hin zum Teilen, ohne dadurch einen Nachteil zu haben.“

es nur herum, verbraucht Platz und verliert Wert. Dabei ist es das zweitgrößte Investment, das die meisten Menschen im Lauf ihres Lebens tätigen (nach dem Eigenheim). Jonathan Gleixner sieht darin ein massives Missverhältnis von Kosten und Nutzen. Mit Energiekrise und Klimawandel als Katalysatoren sollte dies auch in den Köpfen ankommen, hofft der gebürtige Deutsche. „Es ist Zeit, individuelle Mobilität neu zu denken: Weg vom Besitz, hin zum Teilen, ohne dadurch einen Nachteil zu haben.“

FIRMEN- UND DIENSTAUTO BESSER AKTIVIEREN

Bei der Realisierung dieser Vision setzt goUrban auf die naheliegendste aller Zielgruppen, nämlich jene, die auf kleinem Raum die größte Zahl an nur teilweise genutzten Autos besitzt: Fir-

men. Nirgendwo anders ist die Dichte an Autos, die auf Unternehmen angemeldet sind, so groß wie in den Städten (in Wien 70 Prozent aller 700.000 angemeldeten Pkw und leichten Nutzfahrzeuge). Nirgendwo anders sind die private Fahrzeugdichte und die Zahl der Parkplätze so niedrig. Firmenflotten, vor allem große, versprechen rasches Wachstum, flächendeckende Wahrnehmung und das baldige Erreichen einer kritischen Marktgröße.

„Wir bieten die Technologie an, dass Unternehmen ihre Fuhrparks teilen können.“ Für Familien, die in den Urlaub fahren wollen, für die gemeinsame Vernetzung der Fuhrparks von Unternehmen in Industriezonen“, sagt Gründer Jonathan Gleixner, „denn kein Unternehmen kann es sich leisten, seinen Fuhrpark immer länger he-

rumstehen zu lassen“. Dies geschieht aber. An Wochenenden sowieso. Daher hat es Sinn, diese Autos zu digitalisieren und verfügbar zu machen.

goUrban hat sich dafür als „B2B2C-Plattform“ aufgestellt. Die direkten Kunden sind also Unternehmen, die Carsharing anbieten, die letztendlichen Nutzer sind deren Kunden. Die Typologie beider Gruppen ist äußerst variabel. Das Wiener Unternehmen hat sowohl Kunden mit Flotten von mehreren Tausend Fahrzeugen als auch solche mit fünf Autos, bei den Endnutzern reicht die Palette von Menschen, die schnell für zwei Stunden einige größere Einkäufe erledigen wollen bis zu solchen, die einige Monate lang auf einem anderen Kontinent leben und dort mobil sein möchten.

EINE APP UND EIN KLEINER EINBAU

Der Mietvorgang läuft dabei bei jedem Kunden in etwa gleich ab. Er oder sie lädt die App aufs Mobiltelefon, meldet sich an, stimmt den AGB zu (in denen auch die Haftungsfragen geklärt werden) und kann dann eigentlich schon zum Auto gehen und einsteigen. Mittels QR-Code, den die Handy-App generiert, wird das gewählte Fahrzeug über die sogenannte „Blackbox“ entsperrt. Dieses in Fensternähe platzierte Kästchen ist das Herzstück des gesamten Systems. Die Box kommuniziert mit der Fahrzeugelektronik, mit dem

Mobiltelefon des Kunden und mit dem Mobilitätsanbieter, der sämtliche relevanten Informationen über Kilometerstand, gefahrene Strecken, Betriebszeit, Treibstoffverbrauch und eventuell auch die getankte Treibstoffmenge (Ladezeit) erhält. Den Einbau der Blackbox nehmen Fachwerkstätten vor, die Kosten dafür halten sich laut goUrban im überschaubaren Bereich.

Die Konfiguration der goUrban-Software bringt für die Mobilitätsanbieter einen großen Vorteil. Sie können ihre Angebote und Abrechnungsmodelle selbst gestalten und den jeweiligen Markterfordernissen sehr flexibel anpassen, bis hin zu den Modalitäten der „Rückstellung“ der Fahrzeuge.

Mittlerweile bewegen die Flotten, die mit der goUrban-Software laufen, weltweit täglich Hunderttausende Menschen in Zigtausenden Fahrzeugen, aber noch ist ein großes Stück Weg zu gehen. Derzeit steht die neue „geteilte“ Mobilität noch ganz am Anfang, der Markt wird auf ein bis zwei Prozent geschätzt.

Jener Punkt, an dem „die Idee steil nach oben fährt“ (Gleixner) sollte irgendwo zwischen 14 und 16 Prozent liegen. Man hat Ähnliches bei Facebook und WhatsApp erlebt. Ist einmal jeder sechste oder siebente potenzielle Nutzer dabei, verbreitet sich das Interesse lawinenartig. Fachleute halten es nicht für

unmöglich, dass der Turbo relativ bald zündet, denn es gibt gewichtige Kräfte, die das Thema „anschieben“. „Unser Mitbewerber ist unter anderem die große Automobilindustrie, die auch an diesem Trend vom Besitz zum Service arbeitet, erklärt Startup Gründer Gleixner. „Die Gesellschaft verändert sich und umso besser die Technologie ist, umso schneller passiert der Wandel.“

WENN ICH NICHT SELBST FAHRE, VERMIETE ICH

Dass es zu einem Umdenken und einer Ent-Emotionalisierung des Themas Auto (weg vom Besitz eines Statussymbols) kommt und kommen

wird, steht für die goUrban-Leute außer Zweifel. Studien belegen ganz klar, dass in den Ballungsräumen immer weniger Menschen unter 35 ein eigenes Auto besitzen. Gleichzeitig können sich immer mehr unter 40-Jährige, die noch eines haben, vorstellen, darauf zu verzichten. Firmenautos (zur privaten Nutzung) stehen auf der Wunschliste junger Jobbewerber längst nicht mehr ganz oben. Lieber wollen sie eine Mischung aus Öfiticket, Freiminuten für Carsharing und Elektro-Roller. Also weg von Besitz, hin zu flexibler Nutzung von ÖV, Fahrrad, Scooter und Auto. Wichtig sind den jungen Menschen dabei drei Punkte: Mobilität

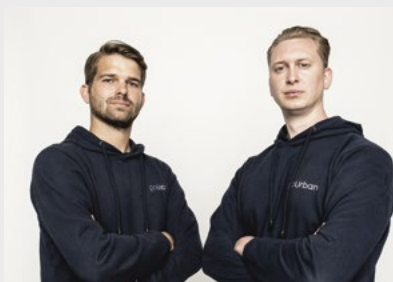
muss „on demand“ funktionieren, sie muss angenehm zu nutzen und selbstverständlich nachhaltig sein.

Die Quadratur des Kreises, der ultimative Schritt sozusagen, wäre Auto-Teilen als C2C-Modell, wie man dies von AirBnB kennt: Herr A fliegt für fünf Wochen in die USA, seinen Pkw nutzen gegen Gebühr derweil andere. Technisch möglich wäre all dies heute schon; was noch fehlt, ist eine große globale Vernetzungsplattform, wo Anbieter und Kunden sich finden können.

Doch diese Plattform wird nicht von goUrban kommen, auch wenn das Unternehmen

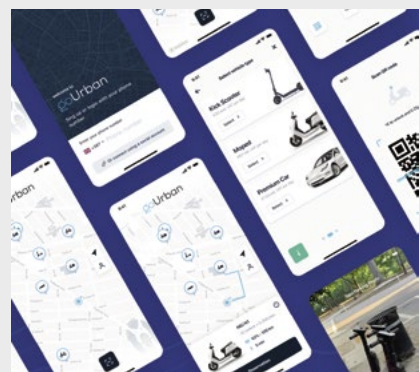
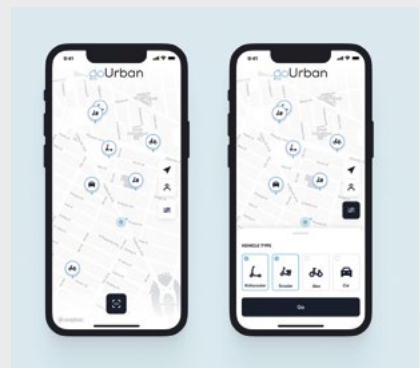
momentan schnell wächst. „Wir haben gelernt, dass man sich fokussieren muss, um in der Entwicklung voranzukommen und ein Thema auszureifen. Natürlich könnte man eigene Flotten führen, Versicherungen anbieten oder Vernetzungswebsites für Endkunden schaffen, aber das ist nicht unsere Stärke“, sagt Gleixner, und fügt hinzu: „Jeder soll das tun, was er gut kann. Immer mehr Städte, etwa in Deutschland, beginnen ‚Sharing Mobility‘ zu nutzen und ihre Systeme zu vernetzen. Die kennen ihre Region und ihre Kunden weit besser als wir. Daher sind sie der geeignete Betreiber. Wir liefern die Technologie dafür.“

GROSSINVESTITION ALS ENTWICKLUNGSTURBO



Das 2016 von Jonathan Gleixner (re.) und Bojan Jukic (li.) in Wien und Novi Sad gegründete Start-up „goUrban“ bündelt mit einem komplett modularen Betriebssystem alle Mobilitätsnutzungsfälle bis hin zum ÖV in einer einzigen Plattform: Von der spontanen Fortbewegung in der Stadt über die Buchung eines Autos für das Wochenende bis hin zur Digitalisierung von Unternehmensflotten – goUrban vereint alle Formen der Mobilität von On-Demand, Terminbuchung, Abonnement und Langzeitleasing.

Die Erwartungen der Investoren in das Marktpotenzial der „Shared Mobility“ dürften hoch sein. Heuer investieren die Risikokapitalfonds der Raiffeisen Bank International (Elevator Ventures) und des Versicherungskonzerns Uniqa (Ventures) sowie des AWS Gründerfonds einen mehrstelligen Millionenbetrag. „Uns hat sowohl das außergewöhnliche Gründerteam als auch die Skalierbarkeit der Plattform, die es ermöglicht, Lösungen von Drittanbietern zu integrieren, überzeugt“, begründete Thomas Muchar, Managing Director von Elevator Ventures, das Investment, das man auch als „Beitrag zur Reduktion des Verkehrsaufkommens in den Städten“ sieht. Das Budget von GoUrban steigt damit schlagartig auf über zehn Millionen Euro für dieses Jahr. Dies ermöglicht dem Unternehmen eine Verdreifachung des Teams von 50 auf 150 Personen bis Jahresende.



Bilder des Beitrages: goUrban

PANEUROPA EIN VORSCHLAG

Vor 100 Jahren präsentierte Richard Coudenhove-Kalergi seinen Vorschlag für eine europäische Einigung. Es ist erstaunlich, wie viele seiner Ansätze von damals heute noch immer hoch aktuell sind.

RAINHARD KLOUČEK

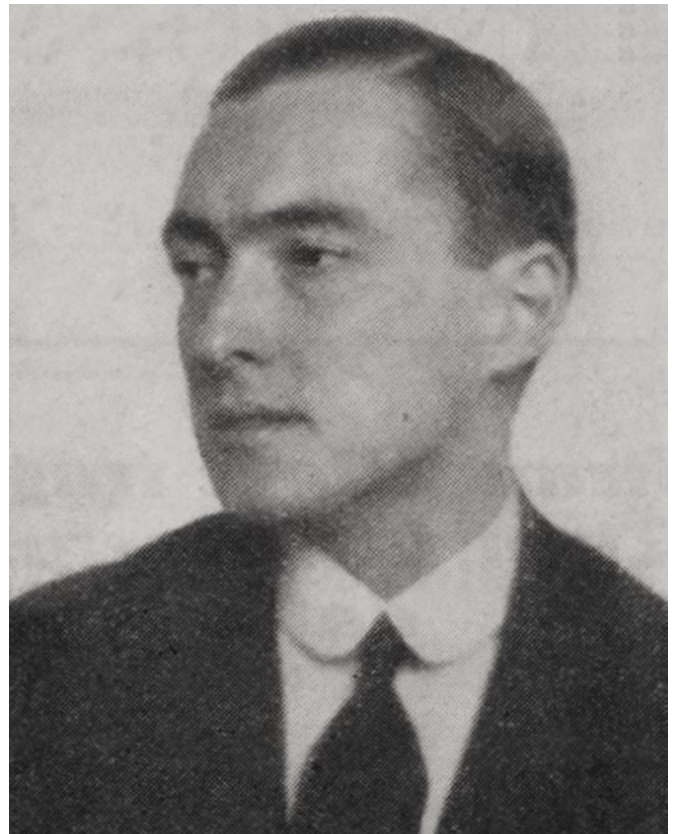
„Die militärische Lage eines zersplitterten Europas ist ebenso hoffnungslos wie die politische. Ebenso wie die politische und militärische, muss auch die wirtschaftliche Zersplitterung Europas zu dessen Zusammenbruch führen.“ Diese Sätze stammen nicht aus einem aktuellen Artikel, der angesichts des russischen Vernichtungskrieges gegen die Ukraine und den damit verbundenen Bedrohungen und Herausforderungen für ganz Europa geschrieben wurde, sondern aus einem Aufsatz vom November 1922: „Paneuropa. Ein Vorschlag“ von Richard Coudenhove-Kalergi.

Der gerade 28 Jahre alt gewordene Autor, der eigentlich Philosoph hatte werden wollen, analysierte die Lage Europas nach dem Ersten Weltkrieg. Die europäische Weltordnung war zerstört.

Die großen übernationalen Reiche waren untergegangen. Das mitteleuropäische Reich der Habsburger war in vergleichsweise kleine Staaten aufgesplittert, die jeweils den Anspruch erhoben, nun Nationalstaaten zu sein. Aber alle hatten ihre nationalen Minderheiten im Land. Die wirtschaftliche Not war groß. Jeder Staat versuchte, seine Probleme durch Protektionismus zu exportieren. Tatsächlich wurde die Lage dadurch nur verschlimmert. So wirklich Frieden wollte nicht einkehren.

DIE GESCHICHTE GAB IHM LEIDER RECHT

Die Schlussfolgerungen, die der immer wieder als Prophet Europas bezeichnete Coudenhove-Kalergi aus dieser Lageanalyse zog, lautete: Das kontinentale Europa (das noch existierende britische Weltreich zählte er



Richard Coudenhove-Kalergi, Gründer der Paneuropa-Union

nicht dazu, das bolschewistische Russland schloss er zwangsläufig kommenden „Zukunftskrieg“, der in Europa noch mehr Zerstörung anrichten würde als der erst

beendete Erste Weltkrieg, zu verhindern

Auch wenn er Politiker und Intellektuelle für seine Idee gewinnen konnte, im Oktober 1926 in Wien einen Paneuropa-Kongress mit 2000 Teilnehmer organisierte, Aristide Briand von einer zu setzenden Initiative im Völkerbund überzeugte, scheiterte er letztlich an der Machtergreifung Hitlers in Deutschland und dessen Wahnvorstellungen eines tausendjährigen Reiches. Der Zukunftskrieg wurde zerstörerischer als der europäische Bruderkrieg 1914–1918 und brachte noch dazu die Unterjochung der östlichen Hälfte Europas unter jenes totalitäre Sowjetsystem.

Die Überwindung der Teilung Europas war dann während des Kalten Krieges eines der Markenzeichen der Paneuropa-Union. „Paneuropa ist ganz Europa“ war das Credo, das insbesondere von Otto von Habsburg (NbW), dem Nachfolger von Richard Coudenhove-Kalergi an der Spitze der Paneuropa-Union, geprägt wurde. Dass der Fall des Eisernen Vorhangs ausgerechnet beim Paneuropäischen Picknick begann, dessen Initiator und Schirmherr Otto von Habsburg war (19.08.1989), darf der historischen Fügung zugerechnet werden.

GEMEINSAME AUSSENPOLITIK IST UNABDINGBAR

Was war nun der Kerngedanke des Paneuropa-Vorschlages?



„Im Zentrum der Überlegungen stand erstens eine europäische Außenpolitik, zweitens eine europäische Sicherheitspolitik, sowie drittens der Abbau sämtlicher innereuropäischer Zollschränken.“

Das Paneuropa-Konzept folgt einem geopolitischen Ansatz. Im Zentrum der Überlegungen des Gründers der Paneuropa-Union stand erstens eine europäische Außenpolitik – um auf der Bühne der Weltpolitik nicht von anderen beherrscht zu werden –, zweitens eine europäische Sicherheitspolitik – um in dieser Frage nicht von anderen abhängig und damit dominiert zu werden, oder in einen neuerlichen inner-europäischen Krieg gezogen zu werden –, sowie drittens der Abbau sämtlicher inner-europäischer Zollschränken. Heute würde man das als freien Binnenmarkt bezeichnen, also Europa als eine Zone des Freihandels. Dazu

kam damals schon die Überlegung einer gemeinsamen Währung, die in Coudenhoves Konzept auf dem damals noch existierenden Goldstandard beruhte, und ein europäisches Bundesgericht, also das was wir heute als Europäischen Gerichtshof haben.

Die Freiheit der Bürger, Eigenverantwortung, und ein Staat, der sich auf das Setzen der Rahmenbedingungen im Sinne eines Rechtsstaates beschränkt, waren eine weitere Basis seiner damaligen Überlegungen für die europäische Einigung.

Einige dieser Ideen sind heute umgesetzt, zumindest teilweise. Die europäische

Währung gibt es, eine falsche Geldpolitik der EZB wird aber noch einige Probleme bereiten. Der Europäische Gerichtshof spricht Recht. Der Binnenmarkt wird zwar immer wieder vom erfinderischen Protektionismus einzelner Nationalstaaten durchlöchert, ist aber nicht mehr wegzudenken. Die Überwindung der Teilung Europas nach 1989 hat eine große und zwei kleinere Erweiterungen möglich gemacht. Seither stockt aber die Aufnahme der sechs Länder des sogenannten Westbalkan, weil es immer wieder Blockaden von einzelnen EU-Mitgliedsländern gibt, die allesamt im Nationalismus und im Populismus begründet sind. Eine Beitrittsperspektive für die Ukraine, Georgien und Moldau wurde zumindest eröffnet.

IM WETTSTREIT DER GLOBALEN KRÄFTE

Ein Kerngedanke der europäischen Einigung ist die Schaffung einer gemeinsamen Zone der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Dieser Kerngedanke gilt natürlich für ganz Europa, beruht also auf dem Grundsatz, dass jedes europäische Land das Recht haben muss, an dieser europäischen Einigung teilzunehmen. Um auf der Bühne der Weltpolitik eine Rolle spielen zu können, brauchen Europa und die Europäische Union eine europäische Außenpolitik.

Sie würde hier einen eindeutigen Mehrwert gegenüber

einer reinen Nationalstaatenpolitik bringen. Europäische Außenpolitik bedeutet freilich nicht nur Koordinierung der Außenpolitik, sondern ein EU-Außenministerium mit einem Außenminister (oder einer Außenministerin) an der Spitze.

Dazu braucht die Europäische Union eine Verfassung, in der genau diese außenpolitische Kompetenz für die Europäische Union festgeschrieben wird. Ein Punkt übrigens, der auch allen Anforderungen der Subsidiarität entsprechen würde. So wie jetzt jeder Außenminister der parlamentarischen Kont-

rolle seines Landes unterliegt, würde ein EU-Außenminister der parlamentarischen Kontrolle des direkt von den Bürgern der EU gewählten Europäischen Parlamentes unterliegen.

WO EUROPA NICHT IST, TUMMELN SICH ANDERE

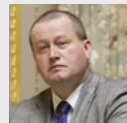
Vor allem die Erweiterungs politik ist unter dem Gesichtspunkt der europäischen Sicherheit zu betrachten. In der Politik gibt es kein Vakuum. Ist Europa ist die EU schwach, so werden andere Mächte diese Schwäche ausnutzen. Der Krieg Russlands gegen die europäische Ukrai-

ne zeigt das genauso wie die chinesische Einflussnahme in Südosteuropa.

Neben diesen Schwerpunkten war für Paneuropa immer auch die inhaltliche Dimension von entscheidender Bedeutung. Paneuropa stand und steht auf einem festen Wertefundament, das man mit dem judäo-christlichen Erbe Europas umschreiben kann. Aus diesen Wertefundament wiederum nährt sich

das Bekenntnis zu Demokratie und Marktwirtschaft, zur Rechtsstaatlichkeit und Freiheit, zur Eigenverantwortung der Bürger. Nichts davon ist selbstverständlich und muss immer wieder neu erarbeitet werden.

Der Jubiläumskongress zu 100 Jahre Paneuropa findet von 17. bis 20. November 2022 in Wien statt. Weitere Informationen dazu gibt es auf www.paneuropa.at



Rainhard Klouček (Lp)

ist Generalsekretär der Paneuropabewegung Österreich.

REZENSION

WIENER, ÖSTERREICHER, EUROPÄER

Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)

Zu seinem 85. Geburtstag hat Manfred Welan (F-B), Professor für Rechtslehre an der Universität für Bodenkultur Wien, zu deren Rektor er mehrfach gewählt wurde, noch einmal in die Tasten gegriffen. Der viele Jahre in der Wiener Politik als Gemeinderat, Mitglied des Stadtsenats und zuletzt Dritter Präsident des Landtags Tätige bietet in seinem Buch Wege an, kulturelle Identität als Phänomen begreifbar und besprechbar zu machen: ohne erhobene Zeigefinger, Eiferung oder Denkverbote.

Die Globalität der Welt stellt die jüngeren Generationen tagtäglich vor die Frage nach

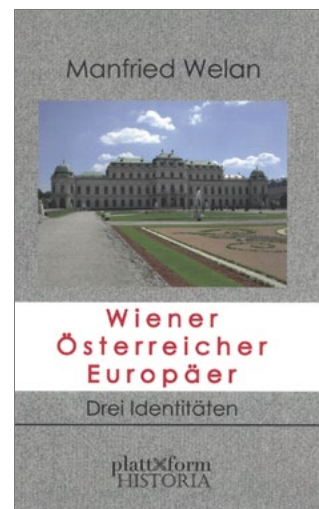
dem „Was bin ich?“. Den Nachkriegskohorten bot sich diesbezüglich noch ein viel eindeutigeres Bild. Nun aber werden Positionen gesucht, Entwicklungswege ausgelotet und Koordinaten bestimmt. Als Europäer, Österreicher, Bürger eines Bundeslandes, Deutschsprachiger, Migrant oder Nicht-Migrant, Jungwähler, Grenzgänger, Weltbürger...

Welan lässt all diese Blickwinkel und Ideen von Identität zu, und findet sie auch bei sich. Er beantwortet nie vordergründig, seine Diktion drängt nicht und sie sucht nicht die Provokation. Oftmals beschleicht den Leser das Gefühl, mit einem Spaziergänger unterwegs zu sein, den Erzählungen dieses älteren Herrn zu lauschen, mit ihm zu plaudern...

Für ein Sachbuch, sagt Welan, sei das Buch zu subjektiv. „Es ist ein persönlicher Gebrauch der Geschichte, mehr Bekenntnis als Erkenntnis. Es ist eine Collage von Erinnerungen, Gefühlen, Gelerntem und Gelehrtem“, so der Autor in seinem Vorwort. Genau darin liegt der große Wert der „Spaziergänge“ durch Wien, Österreich, Europa: Man geht an der Seite eines Gelehrten (immerhin hat Welan über 250 wissenschaftliche und politische Schriften publiziert), der fähig ist, sein enormes Wissen und daraus gewonnene Erkenntnisse in Beziehung zu setzen und leicht verständlich zu kommunizieren.

Jenen Lesern, denen der „News-Wert“ des Buches gering erscheint, sei ans Herz

gelegt, sich nicht zu grämen, sondern das Werk ihren Kindern und Enkeln zu schenken. Für sie ist es geschrieben – als Bereicherung.



Manfred Welan:
Wiener, Österreicher, Europäer – Drei Identitäten
Plattform Historia
ISBN 978-3-9504954-4-7



HERBERT KASPAR

DER ROTE SELBSTBEDIENUNGSLADEN

Die (Wiener) Sozialisten hatten immer schon ein Händchen für den Umgang mit Geld. Wiener Steuerzahler wissen das aus leidvoller Erfahrung. Älteren Semestern ist noch der Bauring-Skandal in Erinnerung, der 1974 aufflog. Die gemeindeeigene Wohnbaugesellschaft hatte sich – trotz des Verbotes von Auslandsprojekten – auf Aufträge im arabischen Raum eingelassen und damit ein „Milliardengrab im Wüstensand“ – so die „Presse“ geschaffen.

1980 machte dann der AKH-Skandal Schlagzeilen. Die projektierten Kosten für den Neubau des AKH betrug eine (!) Milliarde Schilling, die tatsächlichen Kosten kamen dann auf 45 (!) Milliarden – und das bei – erraten – enormen Bauzeitüberschreitungen. Es kam zum bislang größten Wirtschaftsbetrugsverfahren mit zahlreichen Verurteilungen – das Steuergeld war allerdings Bundespräsident Rudolf Kirchschläger (WMH) prägte damals in Richtung SPÖ, die in Bund und im

Land Wien mit absoluter Mehrheit regierte, die bekannte Forderung nach der „Trockenlegung der sauren Wiesen und Sümpfe.“

1995 stürzte der Konsum – mit 26 Milliarden Schilling die bislang größte Unternehmenspleite der 2. Republik. Missmanagement, fehlende Kontrolle, Fehlentscheidungen sowie die Einmischung von Politik und Gewerkschaft hatten die einst florierende Handelskette versenkt, die mit 700.000 Genossenschaftlern als „dritte Säule der Arbeiterbewegung“ – neben Partei und Gewerkschaft – galt.

Schon besser in Erinnerung sein dürfte die BAWAG-Pleite, die im Jahr 2006 aufflog. Die Gewerkschaftsbank war mit hochriskanten Spekulationsgeschäften in eine Milliardenchieflage geraten, die schließlich dazu führte, dass der Gewerkschaftsbund die Traditionsbank verkaufen musste, um eine Pleite des ÖGB zu vermeiden. Besonders peinlich für die Genossen war, dass „ihre“ Bank

Geschäfte gemacht hatte, die sozialistische Funktionäre regelmäßig bösen Kapitalisten, „Heuschrecken“ oder „Wall Street Sharks“ zuzuordnen. Einige Bauernopfer wurden in einem Monsterprozess verurteilt, nicht wenige mitbeteiligte Funktionäre blieben unbehelligt.

Dass die Wiener Genossen aus der AKH-Pleite aber schon gar nichts gelernt haben, zeigte sich vor kurzem wieder beim Nordspital, das nunmehr verschämt „Klinik Floridsdorf“ heißt, eindrucksvoll: mit massiven Kosten- und Zeitüberschreitungen sowie jeder Menge an Kritikpunkten, die der Rechnungshof penibel aufgelistet hat. Konsequenzen? Keine.

Und jetzt die Wien-Energie, bei der wie aus heiterem Himmel eine Finanzierungslücke von zwei Milliarden auftauchte, wobei auch von acht und sogar zehn Milliar-

den die Rede war. War es nur eine gigantische PR-Panne oder steckt mehr dahinter? Der ausgewiesene Energie-Experte Walter Boltz, kein Mann vorschneller Worte, befand in der ZIB2, dass die Wien-Energie „ihr Risiko nicht im Griff habe“ und „offensichtlich zu große Volumina gehandelt“ habe. Nach der Zwei-Milliarden-Stützung durch den Bund ist wieder Ruhe eingekehrt, aber „business as usual“ wird es wohl nicht geben: Stadt- und Bundesrechnungshof, e-Control und Finanzprokuratur werden sich die Vorgänge genauer ansehen.

Klar ist allerdings schon jetzt, dass das kommunale Unternehmen ein einzigartiger Selbstbedienungsladen bei Gehältern und Pensionen ist – mit allein 1,2 Milliarden Euro an Pensionsrückstellungen! Da muss man sich vor steigenden Heizkosten nicht fürchten.

Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015 Chefredakteur der ACADEMIA.

LESERBRIEF

ACADEMIA 04/2022: „ZERBRÖSELT DIE ÖVP?“

Auf die von Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am) gestellten Fragen nach einer Partei, die zum Beispiel die Freiheit des Bürgers garantiert, ihm weder Denk- noch Sprechverbote aufzwingt, auf Marktwirtschaft und Wettbewerb setzt, für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit sorgt, oder sich des christlich-abendländischen Erbes bewusst ist und die Grenzen Österreichs vor illegaler Einwanderung schützt, kann ich nur eine Antwort geben: Die ÖVP sicher nicht.

War es denn nicht die ÖVP, die ohne Not, nur aufgrund dubioser, rechtswidriger Ton- und Bildaufnahmen, eine funktionierende Regierung mutwillig in die Luft gesprengt hat? War es denn nicht die ÖVP, die einen der besten und fähigsten Innenminister aller Zeiten zum Rücktritt gezwungen hat („Kickl muss weg“)? War es denn nicht die ÖVP, die ebenfalls ohne Not eine Koalition mit den linksradikalen Grünen gebildet hat und sich in der Folge am Nasenring ziehen ließ und lässt? War es denn nicht die ÖVP, die sich

für die gleichgeschlechtliche Partnerschaft und Ehe eingesetzt und letztlich gesetzlich ermöglicht hat? War es denn nicht die ÖVP, die Alexander van der Bellen in den Stichwahlen zum Bundespräsidenten, nach anfänglichem Herumgeeiere, letztlich laut und deutlich unterstützt hat, nur um einen Norbert Hofer zu verhindern? Ist es denn nicht die ÖVP, die Alexander van der Bellen abermals Wahlunterstützung zukommen lässt und nicht fähig ist, einen eigenen Kandidaten aufzustellen? War es denn nicht die ÖVP, die im Zusammenhang mit der „Corona-Hysterie“ Angst, Schrecken und Panik geschürt, Grund- und Freiheitsrechte massiv eingeschränkt und Wirtschaft, Handel und ganze Existenzen mit Lockdowns ruiniert hat? War es denn nicht die ÖVP, die gesunden Kindern eingeredet hat, sie könnten am „fiktiven“ Tod ihrer gesunden Großeltern schuld sein, wenn sie letztere besuchen? War es denn nicht die ÖVP, die die österreichische Neutralität ausgehöhlt und gebrochen hat, indem Österreich die US-EU-Sanktionen gegen Russland in vollem Ausmaß mitträgt und unterstützt? War und ist es denn nicht die ÖVP, die mit

besagten Sanktionen Österreich viel mehr schadet, als es Russland schaden kann und damit unsere Energieversorgung und den Wohlstand stark gefährdet?

Die ÖVP zerbröselt nicht, sie ist längst zerbröselt und hat dabei Österreich und die Österreicher (auch die weiblichen) verkauft, hintergangen und verraten.

**Franz Kloiber, BA (ARM)
7210 Mattersburg**

ACADEMIA 4/2022: LESERBRIEFE

Die aktuelle Ausgabe animiert besonders durch die Leserbriefe zum Denken. Zwei für Herbert Kaspars Ansichten (Pitak und Sauberrer), zwei dagegen (Kogler und Vogl). Ebenso zahlenmäßig 50:50 ausgewogen die Briefe zum Thema von Orbáns Ungarn: Reinhard Olt pro, Karl Schultes kontra. Ich bin regelmäßiger Leser und überzeugter Zahler von www.andreas-unterberger.at, der auch in der ACADEMIA wirbt. Ich denke, der fundamentale Unterschied zwischen den Meinungen liegt darin, wie die Cartellbrüder „Religion, Heimat, Wissen-

schaft“ sehen. Kaspar-Kritiker Kogler stellt bei Kaspar „gebetsmühlenartig vorgetragene Verzweiflungsrufe“ fest. So sehe ich auch die Artikel des gewesenen Chefredakteurs der Presse, Andreas Unterberger, in seinem Blog. Bezüglich unserer Prinzipien religio, patria und scientia finde ich die Verzweiflungsrufe mehr als gerechtfertigt. Seit meiner Schulzeit wuchs die Bevölkerung Österreichs von 7 auf 9 Millionen. Das bei nachhaltig negativer Geburtenrate. Die islamische Bevölkerung explodierte von vielleicht 20.000 auf 800.000. Die Katholiken haben sich aufgegeben und geraten in eine Minderheitenposition. Einem Großteil der Pflichtschulabsolventen fehlen elementare Fähigkeiten und Kenntnisse. Demokratische Mehrheiten zählen nur mehr, wenn sie linksgrün sind. Ansonsten werden sie von einem „Zusammenwirken aus Medien und Justiz“ (Eric Frey im STANDARD) ausgehebelt. Schön, wenn die ACADEMIA ein Ort der Freiheit außerhalb des linksgrün gleichgeschalteten Mainstreams bleibt.

**Dr. Edgar Pree (A-D)
4040 Linz**

REZENSION

WUNDERSAMES AUS GOTTES GROSSEM TIERGARTEN

Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA)

Sein absoluter Liebling ist das Opossum, ein amerikanisches Beuteltier, das es schon seit der Saurierzeit gibt, erzählt der Autor und Landesveterinärdirektor von Salzburg, Josef Schöchl (Rg, Lo). Denn das Opossum hat die Fähigkeit, sich bei Gefahr überzeugend tot zu stellen und sogar Leichengeruch zu verströmen. Kaum haben sich die Feinde angewidert davongemacht, läuft es wieder fröhlich herum wie ehedem. Eine Gabe, die in der Politik ebenso höchst vorteilhaft wäre, schmunzelt Schöchl, der als Landtagsabgeordneter und ehemaliger Landtagspräsident auch Politiker ist.

Über 70 Arten und ihre verblüffenden Eigenschaften und Überlebensstrategien stellt Tierarzt Schöchl in

seinem Buch vor, von Exoten wie dem australischen Sumpfwallaby (das sich durch seine ununterbrochene Schwangerschaft hervor- tut) bis zu heimischen Tieren wie dem Geier (der gegen so gut wie jedes tödliche Gift immun ist), von kleinsten Wesen wie dem ausgesprochen nützlichen Silberfischchen (weil es Schimmelpilz und Hausstaubmilben frisst) bis zu den größten wie dem Pottwal, dessen Kotze als Parfum-Grundstoff zu den teuersten Tierprodukten überhaupt gehört und der einen Lärm wie eine Mondrakete machen kann. Schöchl beschreibt älteste Spezies wie den Pfeilschwanzkrebs, der schon seit einer halben Milliarde Jahre die Erde bevölkert, und vergleichsweise junge wie den Klippdachs (der als „Schapan“ in den Büchern Mose vorkommt und Spanien den Namen gab), er stellt häufige Tiere vor wie den Sperling, der trotz seines



**Andreas
Unterberger**
Das ganz unkorrekte
Tagebuch zu Politik,
Wirtschaft und Gesellschaft
**Österreichs meistgelesener
Internet-Blog:**
www.andreas-unterberger.at

„Spatzenhirns“ über erstaunliche Intelligenz verfügt, und sehr seltene wie den Steinbock, der als „wandelnde Apotheke“ fast ausgerottet wurde, weil praktisch allen seinen Körperteilen heilende Wirkung zugeschrieben wurde.

Der titelgebende schlechte Leumund der Raben kommt übrigens daher, dass sie sich als (gelegentliche) Aasfresser über die Gefallenen auf den Schlachtfeldern und über die Gehentkerten hermachten, die man früher zur Abschreckung noch tagelang am Galgen hängen ließ. Damit erwarben sich die Raben den Ruf als Unglücksboten.

Ein Buch, das sich kurzweilig und unterhaltsam liest und beispielsweise auch als hervorragende Grundlage für Schulreferate dienen

kann. Und ein Buch, das – wie Schöchl betont – für die Bedrohung der Schöpfung durch die rücksichtslosen und kurzsichtigen Eingriffe des Menschen sensibilisieren will.



Josef Schöchl (Rg, Lo):
**Der Rabe und der schlechte
Leumund – Verblüffendes aus
dem Reich der Tiere**
Verlag Anton Pustet 2022
ISBN 987-3-7025-1057-2

BILDQUELLENVERZEICHNIS:

S.6: PtrQs / Die hier per Horizontalspülbohren verlegten ca. 100 m langen Leerrohre werden in der Grube durch Kupplungen verbunden / wikipedia.org / CC BY-SA 4.0

S.9: Autorenbild Matthias Tschirf: Stephan Schönlaub

S.26: Ssolbergj / Flagge der Paneuropäischen Union / wikipedia.org / gemeinfrei

S.27: Autor unbekannt / Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi / wikipedia.org / gemeinfrei



gemeinsam besser leben